

Rezensionen

Martina Backes, Tina Goethe, Stephan Günther, Rosaly Magg (Hg.) (2002): *Im Handgepäck Rassismus. Beiträge zu Tourismus und Kultur*. Freiburg i.Br.: Informationszentrum Dritte Welt (iz3w), 219 S.

Ein zentrales Argument von Protagonisten internationaler Tourismusförderung richtet sich darauf, Reisen als Kulturaustausch und damit als Chance zur „Völkerverständigung“ mit dem Ziel der Verringerung von Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus, d.h. als „Dialog mit den Kulturen“ (UNESCO) zu begreifen. Dass dieses Ziel im industriellen Massentourismus, der darauf hin orientiert ist, touristische Komfortbedürfnisse auf Grundlage westlicher, vereinheitlichter Konsummuster zu erfüllen und damit im wesentlichen auf Standardisierung und Ghettoisierung baut, verfehlt sein muss, versteht sich von selbst. Die Beiträge des vorliegenden Readers befassen sich vorrangig mit den Ausformungen von Stereotypen, die unter dem Vorzeichen kultureller Differenz ein besonderes Beharrungsvermögen aufzuweisen scheinen.

Tina Goethe betont den eurozentrischen Charakter des Tourismus, der autochthone Kulturen zu konservieren sucht und so „mit an der symbolischen Ordnung der Welt (baut), in der dem aktiven und freien, da mobilen Teil der Welt viele ... sich im historischen Stillstand befindliche Teile gegenüber stehen. Eine Welt, die aus einer überlegenen Zivilisation und vielen zu bereisenden Kulturen besteht.“ (S. 27). Dabei rückt anstelle des klassischen Sight-Seeings immer mehr die Alltagskultur, also das „Life-Seeing“ und mit diesem die Imaginierung der nicht-westlichen Kultu-

ren als kohärent und widerspruchsfrei in den Vordergrund.

In genauso diesem Sinne werden die Vorstellungen von westlichen Touristen in den „Bomas of Kenya“ bedient, ein Themenpark der Kraale bei Nairobi, den *Martina Backes* als „eine auf Ethnizität getrimmte Betrachtung der (kenianischen) Welt“ (S. 109) vorstellt. Sie kritisiert, in bester Tradition der Kritik am Ferntourismus, dass „weder der... gelebte moderne Alltag der angestellten Komparsen noch eine Reflexion über das Ausgestellte... Gegenstand des Begegnungsdialogs (sei), der die sozialen Spannungen und ökonomischen Zwänge der kenianischen Gesellschaft ebenso wie die Subjektivität der Einzelnen und ihren aktiven Umgang mit ihrer jeweiligen Lebenssituation ignoriert“ (S. 114).

Christopher Vogel diskutiert den Kulturbegriff und verweist darauf, dass der Abbau rassistischer Vorurteile nicht im Tourismus ansetzen könne, sondern rassistische Attitüden nach wie vor vielmehr eine inhärente Funktion westlicher Gesellschaften seien, wie sie überdeutlich im Dilemma des multikulturalistischen Blicks, der die realen Lebensbedingungen der Migrantinnen in aller Regel ausblendet (S. 90), zum Ausdruck kommt.

Die konstruierte Bilderwelt der Reisekataloge mit ihrem inszenierten Spektakel ethnischer Vielfalt, wie sie *Jessica Olsen* analysiert, schafft weitere Fiktionen als mythische Realität. Immerhin spricht Olsen die Möglichkeit an, dass die Einheimischen nicht immer als passive Opfer touristischer Wünsche agieren sondern sich durchaus wehren und „das, was die Touristen als authentische Realität wahrnehmen, subver-

siv zu einer künstlich erzeugten Illusion machen..." (S. 126).

Auf die Handlungsfähigkeit der „Bereisten“ bauen Workcamps, die, da sie auch einem Bedürfnis der westlichen Gesellschaft entspringen, jedoch ebenfalls kein Garant für besseres Reisen seien (*Nikolaus Ell*). Auch hier „bleibt immer die Gefahr, dass die Menschen des Gastlandes für die eigenen Bedürfnisse vereinnahmt werden und die eigene Wahrnehmung des Fremden sich nicht prinzipiell ändert“ (S. 213).

Um Traum- und Trugbilder geht es in den Beiträgen von *Martin Brauen* über Tibet, und *Nina Rao* über die Verklärung der Armut als traditionelles Landleben in Indien, in dem Rituale nur noch sinnentleert unter den kommerziellen Prämissen der Tourismusmacher kommerzialisiert vorkommen. Einen festen Platz in dieser Kultursymbolik haben Frauen, und zwar nicht nur in Indien sondern weithin überall dort, wo sich überkommene Kolonialphantasien von der „verführerischen Fremden“ und der „zu erobernden Exotin“ durch das Reisen reproduzieren lassen. *Ursula Biemann*, die mit ihrer Analyse von Sex-tourismus und Frauenhandel an die Diskussion der 80er Jahre anknüpft, betont ebenfalls die kulturelle Bedingtheit von Klischees asiatischer Weiblichkeit; und plädiert für „eine Rekontextualisierung des Diskurses um weibliche Migration und globale Mobilität in Bezug auf Sexarbeit, weg von einem Ausbeutungsdiskurs, der wohl die Machtverhältnisse kritisieren mag, sie gleichzeitig aber auch fixiert und stabilisiert“ (S. 69).

Wie die im vorliegenden Band versammelten Beiträge zeigen, erweist es sich als schwierig, rassistische Grundmuster aufzubrechen, und zwar auch in nicht-westlichen Gesellschaften, nämlich insbesondere dort, wo ökonomische Interessen und Konkurrenz

ins Spiel kommen. So analysiert *Alejandro de Fuente* das Aufleben von internem Rassismus in Kuba während der Krise der 90er Jahre, als der Tourismus mit einer besonderen Dynamik gefördert wurde, jedoch einen sehr unterschiedlichen Zugang zu Arbeit als attraktive Einnahmequelle ermöglichte.

Insgesamt ermutigen die Aufsätze wenig zu der Annahme, dass der Tourismus dazu beitragen könnte, eine rassistisch strukturierte internationale Arbeitsteilung zu überwinden.

Silke Landgrebe

Sudiptan Kaviraj, Sunil Khilnani (Hg.) (2001): *Civil Society. History and Possibilities*. Cambridge: Cambridge UP, 330 S.

Die Debatte über Zivilgesellschaft, die durch die osteuropäischen Oppositionsbewegungen der 1970er und 1980er Jahre und die weltweiten Demokratiebewegungen seit Mitte der 1980er Jahre neuen Auftrieb erfahren hat, reißt offenbar nicht ab. Die vorliegende, von zwei Wissenschaftlern des Birkbeck College bzw. der School of Oriental and African Studies in London organisierte Aufsatzsammlung sticht aus der Literaturflut hervor; unternimmt sie es doch ausdrücklich, die Bedeutung von Zivilgesellschaft in außereuropäischen Kulturen zu erkunden. Zudem ist dem Band als besonderes Verdienst anzurechnen, dass dies vor dem Hintergrund einer ausführlichen Vergewisserung der hier nach wie vor zentralen, weil begriffsprägenden abendländischen Tradition geschieht. Auf Abhandlungen zu Ansätzen im „vormodernen Europa“ (*Anthony Black*), zu dem entscheidenden Beitrag von John Locke (*John Dunn*) und der schottischen Aufklärung (*Fania Oz-Salzberger*), zur Konstitution der Gesellschaft aus der Sicht der Aufklärung (*Keith*

Michael Baker) sowie zu Hegel (Gareth Stedman Jones) und zur „marxistischen Tradition“ (Joseph Femia) folgen daher in einem zweiten, „Arguments in the South“ betitelten Teil ein übergreifender Beitrag von Jack Goody zur Zivilgesellschaft „in außer-europäischer Perspektive“; eine Analyse der Bedeutung zivilgesellschaftlicher Ansätze und ihrer Beziehung zur „politischen Gesellschaft“ in „postkolonialen Demokratien“, zumal in Indien, von Partha Chatterjee; Analysen zur Rolle des Konzeptes in Lateinamerika (Luis Castro Leiva und Anthony Pagden), China (Thomas A. Metzger), sowie dem Nahen Osten (Sami Zubaida); Rob Jenkins analysiert die Fallstricke neuerer Konzepte des *Governance* in der Entwicklungszusammenarbeit mit ihrer neuen Zielsetzung auf Demokratie und Zivilgesellschaft, und Geoffrey Hawthorn konfrontiert die auf Zivilgesellschaft bezogene Rhetorik mit den Realitäten. Die beiden Herausgeber rahmen des gesamten Band mit ausführlichen, eher kategorial gehaltenen Beiträgen ein.

Einleitend erinnert Khilnani an die Hoffnungen der frühen 1990er Jahre, die freilich angesichts des Auftretens „einer Vielzahl nicht verhandelbarer Identitäten und miteinander in Konflikt stehender selbstge-rechter Glaubenspositionen ... ein genauso fernes und prekäres Ziel geblieben ist, wie je zuvor“ (13). Dennoch könne „die Kategorie ‘Zivilgesellschaft’ neue Komplexität und Präzision in die Beurteilung der Schwierigkeiten bringen, denen sich die Demokratie im Süden gegenübersteht, sowohl im Hinblick auf die Einsicht in ihre Voraussetzungen wie auf die Auseinandersetzung mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen“ (15). Eben darin liegt im Rahmen des Gesamtwerkes der Sinn des ausführlichen und niveauvollen ersten Teils zur Theorie- und Begriffsgeschichte. Khilnani hebt hier

freilich auf eine an Gramsci orientierte Perspektive ab, die in allen anderen Beiträgen nicht mehr eingeholt wird: Am Ende eines gerafften, informativen Überblicks über zivilgesellschaftliche Prozesse in verschiedenen Regionen des Südens, der auch auf die Problematik des gesellschaftlichen Konsenses eingeht, betont er, dass unter den Bedingungen von „Quasi-Staaten“ ein Modell „irreführend sein kann“, demzufolge „die Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaften als Gegensatz zwischen beiden gefasst und so die Formen verdeckt werden, in denen die Zivilgesellschaft – weit entfernt, davon, eine Welt spontaner Assoziation zu bezeichnen – in Wirklichkeit konstitutiv mit dem Staat verkoppelt ist.“ (31) Nochmaliges Nachlesen bei Gramsci hätte gezeigt, dass für diesen genau dies das zentrale Charakteristikum von Zivilgesellschaft dargestellt hat – freilich just unter entwickelten bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen. In dem damit im Einleitungskapitel bereits aufgespannten, aber nicht eigentlich ausgetragenen Spannungsbogen zwischen einem kritischen und einem normativ überhöhten Begriff von Zivilgesellschaft liegt eine Problematik, die unausgesprochen den gesamten Band durchzieht.

Unter den theoriegeschichtlichen Beiträgen beeindruckt zunächst, wie Dunn die Thematik der *civil society* innerhalb des Gesamtwerkes von Locke situiert und dabei nicht zuletzt deutlich macht, dass dies eine entscheidende Stufe zu heutigen Konzepten darstellt, jedoch schon aufgrund der tiefen Einbettung in den übergreifenden, noch stark theologisch geprägten Rahmen der Lockeschen Gedankenwelt sich in keiner Weise als fertig dafür nutzbares Element aktueller theoretischer Entwürfe eignet; hinzu kommen die hier in einigem Detail dargelegten Widersprüche im Werk von Locke, die gerade auch die *Two Trea-*

tises of Government betreffen. Besonders hervorzuheben ist weiter die Schwerpunktsetzung im Beitrag von *Oz-Salzberger*, die nachdrücklich die „stark egalitäre und pluralistische Grundlage“ der auf eine „große, potenziell zunehmende Basis aktiver Teilnehmer“ hin orientierten, auf klassisch republikanische Vorbilder bezogene Konzeption von ziviler Gesellschaft bei Adam Ferguson (75) gegen die Marktorientierung seiner am Ende einflussreicheren Zeitgenossen und Freunde Adam Smith und David Hume abgrenzt. *Baker* erläutert ausgehend von der Behandlung des Themas in unterschiedlichen Ausgaben der *Encyclopédie* die epistemologischen Probleme, aber auch den Prozess der Ablösung von christlichen Moralkonzepten, die sich mit der Ausarbeitung von Konzepten wie der zivilen Gesellschaft, aber auch des Gesellschaftsvertrags in der Aufklärung verbunden haben. Einen Höhe- und Wendepunkt dieser Theoriegeschichte bildet zweifellos das Werk von Hegel, dem sich hier *Stedman Jones* widmet. Für einen ausgewiesenen theoretisch anspruchsvollen Sozialhistoriker nicht überraschend streicht er – u.a. nach einem längeren rezeptionsgeschichtlichen Exkurs – am Ende bei aller unbestreitbaren Bedeutung der gegenseitigen Abgrenzung von Staat und Gesellschaft in den verschiedenen Bearbeitungsstufen der *Rechtsphilosophie* vor allem die Abgehobenheit des Hegelschen Ständekonzepts heraus, spart aber ungeachtet des nachdrücklichen Verweises auf die Zentralkategorie der Sittlichkeit bei Hegel (114, 120) die aktuell viel diskutierte Anerkennungsproblematik weitgehend aus. Gerade weil der gramscianischen Perspektive ein so unbestritten hoher Stellenwert zukommt, ist die schlicht unzureichende Behandlung dieses Komplexes durch *Femia* beklagenswert: Auf ein in nur implizitem

Gegensatz zu Stedman Jones stehendes, sehr knappes Hegel-Referat folgt eine Blütenlese aus den Marxschen Frühschriften, die allenfalls einen Teil des Zitatenschatzes der späteren Scholastiker belegen kann, aber eine Verortung des Problems im Gesamtwerk, also in den *Kapital*-Schriften und den zahlreichen Analysen konkreter politischer Auseinandersetzungen, auch nicht andeutungsweise unternimmt. Das Übersetzungsproblem der Unterscheidung zwischen *bourgeois* und *citoyen* ins Deutsche erwähnen weder *Femia* noch Stedman Jones. Für Gramsci bleibt bei *Femia* gegenüber dem „ökonomischen Reduktionismus von Marx“ die Rolle dessen, der heroisch zur Umkehrung der orthodoxen Basis-Überbau-These geschritten sei; vom staatstheoretischen Kern, um den Gramscis Handeln über die *società civile* kreist, kein Wort. Gegenüber „Postmodernen“, zumal André Gorz, rechnet *Femia* am Schluss Marx als Verdienst die Einsicht an, „dass die moderne Idee der Zivilgesellschaft untrennbar mit einer bestimmten Lebens- und Denkweise verbunden ist“ (146). Wer noch Marx liest, den mag solch Rasonieren über „Ideen“ wundern – Chuzpe hat auch mit Lesemoden zu tun. Ernster ist zu nehmen, dass damit die Tonlage für einen Großteil des – im Einzelnen weit Seriöseren – Folgenden vorgegeben ist, das vom „Süden“ handelt.

Auf *Goody's* nachdrückliches kulturellrelativistisches Plädoyer folgt *Chatterjees* Rekonstruktion von Rezeptionslinien westlicher Umgangsformen und der Entstehung von Netzwerken „ziviler Institutionen“ (124) im Bengalen des späten 19. Jahrhunderts, was Anlass gibt, „die Begriffe der zivilen Gesellschaft, politischen Gesellschaft und des Staates unter kolonialen und post-kolonialen Verhältnissen sorgfältiger in ihren historischen Kontext zu stellen“

(174). Chatterjee zeigt vor diesem Hintergrund insbesondere Gründe für spezifische Mediationsformen zwischen Staat und sozialen Bewegungen im Sinne der „Wohlfahrt als Angelegenheit des ‘Anrechts’“, und zwar „kollektiver Rechte“ etwa von *squatter*-Gruppen auf (177), die aus seiner Sicht zumal für postkoloniale Gesellschaften mit langer kolonialer Vergangenheit charakteristisch sind. Hier habe sich nach der Unabhängigkeit mit dem „Entwicklungsstaat“ das Schwergewicht von der „zivilen“ auf die „politische“ Gesellschaft verlagert, was zugleich zu den angedeuteten, potenziell auch identitätspolitisch aufgeladenen außerinstitutionellen Regelungsformen beigetragen habe. Damit ist ein wesentliches Thema angeschlagen, das in anderen Beiträgen freilich auf weit problematischere Weise verfolgt wird. So widmet *Zubaida* einen Großteil seiner Überlegungen der Frage, ob islamistische Vereinigungen und Wohlfahrtsverbände im Nahen Osten sich als zivilgesellschaftliche Vereinigungen qualifizieren; dagegen bleiben die postulierten Zusammenhänge zwischen Zivilgesellschaft einerseits und der „wirtschaftlichen Sphäre und ihren Konsequenzen“ (244) andererseits vage. Immerhin wird deutlich, dass hier nicht von einem einfachen Kausalitätsverhältnis die Rede sein kann. Warum freilich „viele ägyptische und andere nahöstliche Intellektuelle, ob säkular oder islamisch, an einem impliziten etatistischen Nationalismus festhalten“, wäre der Analyse eher als einer abschließenden Klage wert gewesen (249). So reproduziert der Artikel eher durchaus interessante Diskurse, als dass er Ideologiekritik leisten würde. Das tut im Grunde auch *Metzler* nicht, der mit stupender Gelehrsamkeit der Frage nachgeht, ob sich in der extensiven, Jahrtausende überspannenden chinesischen Literatur über Staat

und Verwaltung Ansätze finden ließen, die mit der *Norm* der Zivilgesellschaft, die hier im Wesentlichen aus den Schriften von John Stuart Mill, Popper und von Hayek abgeleitet wird, kompatibel sind. Es muss nicht grundsätzlich überraschen, dass die Antwort negativ ist: Dem zivilgesellschaftlichen Modell der *bottom up*-Initiative stehen, wie nicht zuletzt auch dissidente chinesische Positionen des 19. Jahrhunderts oder der Maoismus belegen, konsistente *top down*-Strategien gegenüber. Es wäre freilich auch zu fragen, ob Poppers *Open Society* wirklich so unbefragt Standard ist, ob sich die Ideen von Hayeks in einer Bewegung von unten nach oben oder nicht doch eher durch transatlantische *Think Tanks* zur hegemonialen Stellung aufgeschwungen haben, und was es bedeutet, wenn Metzger zugestehen muss, dass der „Vater des modernen Liberalismus, J. S. Mill“, die Sache mit dem *bottom up* eben doch nicht begriffen hatte (212). Die Bewertung realer zivilgesellschaftlicher Prozesse, zumal in Taiwan, die Metzger verschiedentlich erwähnt, bleibt gegenüber solchen Übungen ebenso unklar wie ihre Auseinandersetzung mit der von ihm so nachdrücklich und felsenfest dargestellten chinesischen Tradition, wobei er übrigens ohne die doch bemerkenswerten Aufbrüche auskommt, die im 20. Jahrhundert etwa mit der Bewegung des 4. Mai 1919 verbunden waren. Wenn auch unbeabsichtigt, so doch geradezu als Sicht auf mögliche Konsequenzen einer solchen, letztlich unbeirrt modernisierungstheoretischen Perspektive lässt sich das Kapitel von *Castro Leiva* und *Pagdon* lesen, in dessen Mittelpunkt das Scheitern des modernistischen Projektes von Simón Bolívar steht, das die Autoren auf ein abstraktes Verständnis des Allgemeinwillens und damit auf den Anspruch der zentralen Stellung des „Gesetz-

geber(s)“ bei der „hohen“ Aufgabe des Aufbaus der Nation“ (186) zurückführen. Dies sei bereits in der Rezeption europäischer Rechtsvorstellungen und in spezifischen Rechtssetzungen der spanischen Kolonialzeit begründet. Die „Rolle des Begriffs Zivilgesellschaft“ (199) in der Gegenwart in Lateinamerika sei dann im Kontext sowohl dieser Denktradition wie auch der damit verbundenen Geschichte des Marxismus in Lateinamerika zu verstehen. Sie steht im Spannungsfeld zwischen einer durch „Kritik am Nationalstaat“ begünstigten säkularen Tendenz zur „Anarchie“ in Lateinamerika (200) und einer „Gemeinschaftslogik“, die gleichfalls „in der republikanischen Erfahrung“ wurzele, die „allen modernen lateinamerikanischen Staaten gemeinsam“ sei (201).

Dies unterstreicht ausdrücklich das Auseinandertreten von Zivilgesellschaft und Demokratie, das auf komparativer Ebene Hawthorn mit dem „unheilbar lokalen“ Charakter „vieler Assoziationen im Süden“ in Verbindung bringt (272). Nach der Aushöhung des Versprechens der Entwicklung hat dies ernste Folgen wegen des „Fehlens kollektiver Projekte, sozial integrierender Ideologien, klar erkennbarer sozialer Kräfte, kristallisierter Interessenstrukturen, die sich vertreten lassen“, wie Hawthorn im Anschluss an Przeworski u.a. argumentiert (280). Von einer Klärung des Begriffs der Zivilgesellschaft ist unter diesen Umständen die Klarstellung der Bedeutung von Staatsbürgerschaft (*citizenship*), der Handlungsmöglichkeiten des Staates und des Inhalts von Politik zu erwarten (286). Eben hier greift Jenkins ein, wenn er die Appropriation dieser „überaus mannigfaltigen Idee“ durch die *aids community* untersucht, speziell im Bereich der bilateralen Geber, wobei das Hauptaugenmerk der Praxis und den Begründungsstrategien von USAID

gilt. Allgemein konstatiert Jenkins: „Unterschiedliche Umstände bringen unterschiedliche Bedeutungen hervor, und diese verändern sich im Zeitverlauf in Reaktion auf unvorhersehbare Einflüsse“. Wenn dies „eine der Hauptprämissen dieses Bandes“ sei, so sei bei den Hilfsorganisationen doch der spezifische Unterschied zu konstatieren, dass sie den Begriff der Zivilgesellschaft „instrumentell einsetzen“ (251). Der zentrale Kritikpunkt ist die mangelnde Zielgenauigkeit, die dazu führt, dass Fördermaßnahmen allzu häufig unvorhergesehene und unerwünschte (Neben-)Folgen zeitigen. Ganz entscheidend liege dem die unzulängliche begriffliche Bestimmung von Zivilgesellschaft zugrunde, die sich auf die „akzeptable durch öffentliche Verantwortung geprägte Seite von Zivilgesellschaft“ beschränke (255); diese allzu weite Definition habe bei USAID zu der Bereitschaft geführt, „so gut wie jede Massenorganisation einzubeziehen, die Druck auf die Regierung ausüben kann“, freilich „haben solche Massenbewegungen die Tendenz, nach der Transitionsphase weiterzuexistieren“ (258). So und in ähnlicher Form durch das Aussparen von politischen Parteien werde der gesellschaftliche und politische Prozess, um den es eigentlich gehen soll, verfehlt. Noch fragwürdiger erscheinen Jenkins die Erfolge solchen Vorgehens im Hinblick auf „marktorientierte Reformen“, wo die „Hilfsprogramme von USAID für Zivilgesellschaften ... die manifest illiberalen Tendenzen vieler ‘real existierender Demokratien’ einschließlich der Vereinigten Staaten“ ignorierten (266). Dem stellt er die Einsicht gegenüber, dass „Zivilgesellschaft eine a-moralische Ordnung ist“ und „dies sei vielleicht eine ihrer wichtigsten Tugenden“ (267).

Der abschließende Beitrag von Kaviraj bemüht sich um eine Zusammenschau die-

ser vielfältigen und unvermeidlich untereinander sehr widersprüchlichen Perspektiven. Das kann im Prinzip nicht gelingen, wenn mehr angestrebt wird als ein Resümee der eben sehr divergierenden Begriffsbestimmungen. Der Rückgriff auf die Klassifizierung von Ansätzen zur Zivilgesellschaft nach dem Schema einer Locke- und einer Montesquieu-Linie, die Charles Taylor vor etwas über einem Jahrzehnt vorgeschlagen hat, kann gerade vor dem Hintergrund dessen wenig überzeugen, was hier im ersten Teil zu einer ideengeschichtlichen Sicht auf die Debatten und Entwicklungen der Aufklärung zusammengetragen wurde. Und der Rückgriff auf das streng dichotomisch gefasste klassische Gegensatzpaar Gemeinschaft und Gesellschaft führt auch nicht recht weiter. Demgegenüber ist Kaviraj sicherlich bei der Forderung nach begrifflicher Genauigkeit etwa bei der Bestimmung des Staates zuzustimmen, um etwa nicht von Zaire und Südkorea in einem Atemzug sprechen zu müssen (318). Doch zeigt sich gerade an einem so verbreiteten Terminus wie es „Zivilgesellschaft“ während der letzten zwanzig Jahre geworden ist, auch die Notwendigkeit bewusster, explizit reflektierter begrifflicher Strategien. Ein Sammelband wäre mit dem Ansinnen überfordert, hier Konsistenz zu liefern. Der vorliegende Band bietet gerade auch in den meisten seiner problematischen Beiträge eine Fülle von Anregungen und Hinweisen, hier voran zu kommen.

Reinhart Kößler

Sheila Meintjes, Anu Pillay, Meredith Turshen (Hg.) (2001): *The Aftermath: Women in Post-Conflict Transformation*. London/New York: Zed Books

Vergewaltigte, Zurückgebliebene, Fliehende – in den vielfältigen bewaffneten Konflikten

unserer Zeit werden Frauen von Medien und Politik in erster Linie als Opfer wahrgenommen. Kriege bringen jedoch nicht nur traumatische Verluste mit sich, sondern für viele Frauen auch neue Identitäten und Handlungsmöglichkeiten. Dieses emanzipatorische Potential wird im dominanten Opfer-Diskurs bisher weder thematisiert noch in den Prozessen politischer und sozialer Transformation berücksichtigt. In mehreren Ende der 90er Jahre in Dakar und Johannesburg veranstalteten Konferenzen wurde über die vielfältigen Erfahrungen von Frauen während und nach dem Krieg diskutiert und immer wieder die brennende Frage gestellt, warum die sogenannte Nachkriegszeit für Frauen meist durch neue Gewalterfahrungen und Einschränkungen der gewonnenen Freiheiten geprägt ist. Der 2001 vorliegende Sammelband „*The Aftermath: Women in Post-Conflict Transformation*“ ist Produkt dieser Konferenzen und ein erster Ansatz zur Konzeptualisierung des sich verändernden Potentials von Konflikten vor allem auf der Ebene von Geschlechterbeziehungen.

Mit welchen Schwierigkeiten und Herausforderungen sich ein solches Vorhaben konfrontiert sieht, verdeutlichen die Herausgeberinnen im einleitenden ersten Kapitel: „*There Is No Aftermath for Women*“ erinnert an das von Frauen erlebte Kontinuum der Gewalt und die Ambivalenz entwicklungspolitischer Konzepte wie „*Aftermath*“ bzw. „*Post-Konflikt*“, die ein Ende der Gewalt vorgeben und somit einen vorzeitigen Rückzug aus dem Krisengebiet legitimieren. Einen Balanceakt gehen die Autorinnen ebenfalls im Umgang mit der Kategorie „Frauen“ ein. Einerseits sprechen sie immer wieder für Frauen und von deren „*wahrem Bedürfnis*“ nach umfassenden gesellschaftlichen Reformen, andererseits betonen sie, dass neben der Geschlechtszugehörigkeit immer auch die Spezifik des

lokalen Kontexts das Erleben des (Post-) Konflikts prägen. So wie Konflikte in Fragen der Dauer, der involvierten Parteien und der Waffentechnologien variieren, bestimmen Hautfarbe, ethnische Zugehörigkeit und Klassenstatus die Möglichkeiten bzw. Zwänge mitzukämpfen, zu fliehen oder zurückzubleiben. Bei der Frage nach dem Scheitern bzw. der Umsetzung von Geschlechterdemokratie in der Nachkriegszeit wurden auf den oben genannten Konferenzen als entscheidende Variablen verschiedene Formen von Gewalt, solidarische Netzwerke und Organisationen, Identitäten und Geschlechterbilder sowie Macht und Autoritäten genannt und diskutiert.

Der als „Overview of the Themes“ konzipierte erste Teil des Buches ermöglicht einen Einblick in die Diskussionen der mehr als hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Europa und den USA: Die einzelnen Artikel repräsentieren jeweils eine der in Johannesburg gebildeten Arbeitsgruppen, wobei die inhaltliche Ausrichtung je nach Autorin von bloßer Zusammenfassung der diskutierten Fragen bis hin zu theoretischen Exkursen und komparatistischen Ansätzen reicht. Ob Aktivistin oder Akademikerin, die Vielfalt und Glaubwürdigkeit des Sammelbandes basiert auf den stets thematisierten Erfahrungen der politischen und/oder wissenschaftlichen Arbeit in Krisengebieten. Dies wird vor allem im Zweiten Teil „Contemporary Experiences“ deutlich, in dem die Autorinnen für sich und von ihren Spezialgebieten sprechen und durch die Konzentration auf einen Konflikt bzw. eine Region viele der im Ersten Teil aufgeworfenen Fragen und Thesen kontextualisieren und konkretisieren können.

Die Journalistin und Menschenrechtsaktivistin Rita Manchanda zeigt in ihrer Analyse aktueller Konflikte in Südasien, wie in

dieser in Fragen der geschlechtsspezifischen Diskriminierung als besonders rückschrittlich geltenden Region ambivalente – durch Verluste gekennzeichnete – Handlungsräume für Frauen entstehen. Die erste Phase des Kaschmirkonflikts habe den Musliminnen den öffentlichen Raum erschlossen und die private Sphäre politisiert, allerdings bedeutete die mit der Fundamentalisierung einhergehende Zwangsverschleierung einen herben Rückschlag. Das Phänomen der auf die Mobilisierung folgenden Marginalisierung hat Machanda auch in den nationalistischen Bewegungen des Naga-Volkes in Indien sowie der tamilischen Minderheit in Sri Lanka beobachtet und erklärt es mit der Konzeption von Frauen als Trägerinnen der kulturellen Identität und ihrer fehlenden politischen Vernetzung. Sie schlussfolgert, dass die meist unbeabsichtigten ambivalenten Gewinne nur innerhalb legitimierender kultureller Rahmen konsolidiert werden können und fordert die Anerkennung und Unterstützung des friedensbildenden Potentials von Frauen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Gerade in Südasien werde der Kampf um Frauenrechte systematisch unterdrückt und so sei zu befürchten, dass auch im Volksaufstand von Nepal die Frauen, die die abwesenden Männer nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in den Bezirksregierungen ersetzen, später von den maoistischen Befreiungskämpfern in die Küche zurückgeschickt werden.

Die Prioritätensetzung zwischen nationaler Unabhängigkeit und Geschlechterfrage in den Befreiungsbewegungen dieser Welt ist ein wiederkehrendes Thema der verschiedenen Artikel des Buches. Trotz oder wegen des schlechten Omens, dass bisher kein Unabhängigkeitskrieg zu einer über die „kurzen Flitterwochen“ des bewaffneten Kampfes hinausdauernden Emanzipation der Geschlechter geführt hat, interessiert

sich die Anthropologin Sondra Hale für die Beziehungen und Widersprüche zwischen Sozialismus und Feminismus. Ihre Fallstudie zu Frauen im Nachkriegs-Eritrea ist eine gelungene Kombination von geschichtlichen Daten, theoretischen Überlegungen, empirischen Beobachtungen innerhalb der nationalen Frauenorganisation sowie interpretierten O-Tönen von aus den Bunkern in die Zivilgesellschaft zurückgekehrten Soldatinnen. Das titelgebende Zitat „Liberated, but Not Free“ bringt die widersprüchliche Situation dieser ehemals vollwertigen und „freien“ Mitglieder der progressiven Befreiungsarmee auf den Punkt: Sie haben zwar die Unabhängigkeit von Äthiopien errungen, kehren jedoch als kulturelle Außenseiterinnen in die eigene Gesellschaft zurück und führen ihren Kampf auf einer nicht unbedingt einfacheren Ebene weiter. Hale macht für die Isolation der gebildeten und oft geschiedenen Ex-Soldatinnen nicht nur die fortbestehenden patriarchalen Traditionen und religiösen Strukturen verantwortlich, sondern auch deren eigene elitäre Denkmuster sowie die fehlende Bereitschaft zur Vernetzung.

Schon Sheila Meintjes hatte in ihrem Übersichts-Artikel zu sich wandelnden Geschlechterverhältnissen im und nach dem Krieg darauf hingewiesen, dass Demobilisierung und Repatriierung für Frauen meist den Verlust von Arbeitsplätzen, Freiheiten, Gemeinschaft und Rechten bedeuten. Statt Quotenregelungen, die nicht die „Feminisierung der Politik“, sondern vielmehr die „Maskulinisierung der Politikerinnen“ förderten, sieht auch sie die Gründung von Koalitionen und Organisationen schon in Zeiten des Konflikts als Garant für langfristige und durchgreifende Transformationen. Südafrika wird hier, wie an vielen anderen Stellen des Buches, als positives Beispiel herangezogen, andererseits weisen mehre-

re Autorinnen darauf hin, dass auch der „Exportschlager Wahrheitskommission“ zunächst geschlechtsblind war und vielen Frauen nicht den angemessenen Rahmen bot, um über Gewalterfahrungen zu sprechen. Die Psychologin Tina Sideris fordert deshalb in ihrem Artikel zu Vergewaltigung im Krieg und Frieden integrierte lokale Ansätze der Gewaltbekämpfung. Da ein direkter Zusammenhang zwischen Diskursen und verschiedenen Formen von Gewalt auf struktureller, staatlicher, sozialer und interpersonaler sexueller Ebene bestehe, müsse den demobilisierten, aber oft nicht demilitarisierten Soldaten eine Alternative zur gewalttätigen Männlichkeit sowie eine positive Rolle beim Wiederaufbau geboten werden. Des Weiteren entwickelt sie aus Gesprächen mit weiblichen Flüchtlingen in Mozambique die These, dass Gewalt im Frieden privatisiert, im Krieg hingegen politisiert werde, womit für die Opfer zumindest theoretisch die Möglichkeit kollektiver Verarbeitung und Aktion besteht.

Einen Ansatz zum Überwinden der Opferrolle und nationalistischer Konstruktionen stellt die serbische Aktivistin Lepa Mladjenovic in ihrem Artikel über die Arbeit des Belgrader Frauenzentrums während des NATO-Bombardements auf Jugoslawien und der gleichzeitigen Ethnischen Säuberung im Kosovo vor: Sowohl für Serbinnen als auch für Albanerinnen wurden telefonische Beratung, Workshops zum Umgang mit Angst, Aufklärung und Versorgung mit Informationen organisiert. Das gleichzeitige Sorgen für die „Eigenen“ und die „Anderen“, das die spezifischen Erfahrungen der Frauen weder bewertet noch vergleicht, sieht Mladjenovic als Weg zur Dekonstruktion binärer Oppositionen und Geschlechterrollen sowie der Beendigung jeglicher Diskriminierung. So wie ihr etwas sprunghaft, dafür aber umso idealistischer geschriebener Artikel wirken

auch die konkreten und spezifischen Erfahrungen von Aktivistinnen aus Haiti und Sri Lanka erfrischend und motivierend im sonst doch eher wissenschaftlich zögerlichen Grundtenor des Sammelbandes.

Ebenfalls hoffnungsvoll stimmt das letzte Kapitel des Buches, in dem Heike Becker die Gleichberechtigung von Frauen im Nachkriegs-Namibia als „relative Erfolgsstory“ beschreibt. „We Want Women to Be Given an Equal Chance“ ist die seit Mitte der 90er Jahre von traditionellen und demokratischen Autoritäten sowie der Bevölkerung geteilte Überzeugung, die trotz parallel bestehender traditionalistischer Diskurse zu einer Öffnung der Institutionen für Frauen und einer auf Geschlechterdemokratie basierenden Verfassung führte. Den Erfolg führt Becker auf die Interaktion zwischen den alltäglichen Praxen der (Land-) Frauen und dem starken postkolonialen Staat zurück. Ihre Analyse von Diskursen und Institutionen ergänzt sich sehr gut mit dem von Meredith Turshen im Ersten Teil des Buches gegebenen Überblick über vergeschlechtlichte Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft in der Nachkriegszeit. Turshen problematisiert die Koexistenz verschiedener Rechtssysteme im Zusammenhang mit internationaler Entwicklungspolitik und zeigt, dass die Politik der Dezentralisierung und „Normalisierung“ zur Wiederbelebung lokaler Bräuche und zur Neuerfindung latenter ethnischer Identitäten führt. Zur wirtschaftlichen und sozialen Integration von Frauen seien neben der Bildung von Netzwerken hingegen (verfassungs-) rechtliche Reformen innerhalb einigermaßen starker Staaten vonnöten.

Im Dialog der 14 unterschiedlichen Kapitel mit ihren sich sowohl wiederholenden als auch widersprechenden Erfahrungen und Thesen wird deutlich, dass es kein Erfolgsrezept zur Umsetzung von Geschlechterdemokratie in der Nachkriegszeit gibt, son-

dern viele Probleme und offene Fragen, aber eben auch erste Ansätze auf verschiedenen Ebenen. „The Aftermath“ ist selbst nur ein solcher Ansatz, der mehr Fragen aufwirft als beantwortet, aber genau darin liegt seine Stärke: Der Sammelband ist eine eindringliche Erinnerung daran, dass auf der Welt zu viele und zu komplexe Konflikte existieren, als dass wir im scheinbar friedlichen Westen uns mit einfachen Lösungen auf dem Papier zufrieden geben könnten, und verdient es darum, über wissenschaftliche und feministische Zirkel hinaus studiert und diskutiert zu werden.

Ann-Katrin Zöckler

Francine Mestrum (2002): *Globalisering en armoede. Over het nut van armoede in de nieuwe wereldorde*. Berchem: EPO, 271 S. (frz.: Dies. (2002): *Mondialisation et pauvreté. De l'utilité de la pauvreté dans le nouvel ordre mondial*. Paris: L'Harmattan)

In der für die Veröffentlichung überarbeiteten Fassung ihrer Dissertation nimmt Francine Mestrum nicht nur einige der zum UN-System gehörenden internationalen Institutionen, sondern indirekt auch zahlreiche NGOs aufs Korn. Ersteren hält sie vor, dass die von ihnen allenthalben als prioritär verkündete Bekämpfung der Armut nur die Kehrseite der von ihnen verfochtenen neoliberalen Globalisierung sei; die NGOs werden kritisiert, weil sie dieses Spiel kritiklos mitspielen. Viel Feind, viel Ehr?

Der Titel des Einleitungskapitels enthält einen deutlichen Hinweis auf die politischen Schlussfolgerungen: „Eine andere Welt ist möglich“. Diese werden jedoch erst im Schlusskapitel ausgeführt; die Einleitung enthält außer einer Zusammenfassung

der folgenden Kapitel eine Warnung methodologischer Art: „Dieses Buch handelt nicht vom tatsächlichen Elend in der Welt und auch nicht von den konkreten Folgen dessen, was als ‘Globalisierung’ bezeichnet wird“ (10). Es enthält vielmehr die Analyse „eines Diskurses, der eine politische Funktion hat“ (10), u. zw. des Diskurses vor allem des IWF und der Weltbank, in dem seit einigen Jahren der Bekämpfung der Armut höchste Priorität eingeräumt wird.

Das erste Kapitel beginnt mit einer Übersicht über die Probleme bei der Definition und Messung von Armut. M. betont, dass diese Probleme trotz umfangreicher Bemühungen im letzten Jahrzehnt keineswegs gelöst wurden, und weist darauf hin, dass in deren Verlauf die Einkommensdimension von Armut in den Hintergrund getreten ist.

Das zweite Kapitel enthält eine Analyse des in den Dokumenten der UN, der Weltbank und des UNDP verwendeten Armutsbegriffs. Ungeachtet aller Unterschiede stellt M. die folgenden Gemeinsamkeiten fest, die sich besonders in den letzten 10 Jahren herausgebildet haben: die Multidimensionalität des Armutsbegriffs, die Behauptung einer mit dem Ende des Kalten Krieges beginnenden neuen Ära, die deutliche Assoziation von Frauen mit Armut und die Notwendigkeit einer weltweiten Partnerschaft bei der Bekämpfung der Armut.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit der politischen Dimension des Diskurses. Hier - wie auch in den folgenden Kapiteln - zieht die Autorin immer wieder „ältere“ Dokumente der betreffenden Institutionen heran, um die besonderen Merkmale des heutigen Diskurses präziser fassen zu können. Dabei wird insbesondere deutlich, dass Staaten bei der Bekämpfung der Armut keine Rolle mehr zu spielen scheinen. Im Einklang mit dem Schlagwort ‘good

governance’ haben sie sich darauf zu beschränken, ein günstiges Umfeld für die Marktteilnehmer zu schaffen. Dies wird mit dem Hinweis darauf legitimiert, dass es sich bei der Armut um ein weltweit auftretendes Problem handle und früher verfolgte Konzepte gescheitert seien.

Auch im Kapitel über die ökonomische Dimension ist der Ausgangspunkt der, dass etwa seit dem Ende des Kalten Krieges eine neue Ära angebrochen ist, die neue Konzepte und Politiken erfordert. Als wichtig für die Erzielung des als unverzichtbar eingestuften Wachstums gelten a) die Öffnung der Märkte nach außen und b) die Dynamisierung der Inlandsmärkte mit dem Ziel, sie zum Vorteil der Armen funktionieren zu lassen. Quasi unter der Hand ist die Produktion aus dem Entwicklungsbegriff verschwunden; mit der Schwerpunktsetzung auf den Handel wird die Teilnahme am Weltmarkt zur allein seligmachenden Strategie. Der Politik bleiben die Bereitstellung stabiler institutioneller Strukturen, ‘gesunder’ wirtschaftlicher Eckdaten - insbesondere einer niedrigen Inflation -, die Förderung des Zugangs zum Arbeitsmarkt und die Integration von Schattenwirtschaft und Mikrobetrieben in den formellen Sektor.

In Bezug auf die soziale Dimension (Kapitel 5) schließlich zeigt sich, dass die ‘Individualisierung’ des Entwicklungsbegriffs eine Modernisierungspolitik überflüssig erscheinen lässt. Angestrebt werden vielmehr die „Wiederherstellung von Solidarität auf der Ebene der Familie und der Gruppe sowie eine selektive Sozialpolitik für die ‘wirklich Bedürftigen’“ (127). „Die wichtigste mit dem neuen Armutsdiskurs von Weltbank, UNDP und UN in den 1990er Jahren vorgenommene Modifikation betrifft die Aufgabe und die Möglichkeiten der sozialen Absicherung“ (133). Abgesicherte Lohnarbeit scheint irrelevant geworden zu sein, das

Auftreten von Armut ist eher auf der Ebene der Menschenrechte als auf der der sozialen Rechte von Bedeutung, und soziale Forderungen, die über die Armutsgrenze hinausweisen, sind nicht mehr legitim. In diesem Zusammenhang wird auch die positive Bewertung von 'Partizipation' der Armen verständlich: Es geht hier um meist individuelle, bisweilen auch im Familien- oder Gruppenverband erbrachte Leistungen, die die Marktchancen verbessern bzw. die Einbindung in das Marktgeschehen absichern.

Das sechste Kapitel ist der Stellung der Frauen im neuen Armutsdiskurs gewidmet. Diesbezüglich weist M. darauf hin, dass Gleichheit nicht (nur) aus Respekt vor der Menschenwürde der Frau angestrebt wird, sondern auch deshalb, weil diese Gleichheit im Interesse der Gemeinschaft liegt. „Man sagt 'Frau', aber man denkt 'Ehefrau', 'biologische Mutter' und 'soziale Mutter'“ (149). Frauen sind der Prototyp der 'guten Armen' und engagieren sich unabhängig von sozialen und politischen Bewegungen für Gleichheit, Frieden, Umwelt und gegen Diktaturen. „Arme Frauen scheinen daher weniger eine Zielgruppe der Bekämpfung der Armut als ein Teil der betreffenden Strategie zu sein“ (173).

Im siebten Kapitel werden resümierend die Grundzüge der Strategie zur Bekämpfung der Armut vorgestellt und ihre politischen Implikationen dargelegt: „Das Versprechen einer – individuellen – politischen und ökonomischen Emanzipation macht die Armen zu virtuellen Bündnispartnern der globalisierten Reichen. Die neuen Gegner sind vor allem die Nationalstaaten – die weiter versuchen, ihre Entwicklung zu steuern –, die nationalistischen Eliten – die die Grenzen vor drohenden Importen schützen wollen –, und die – sozial abgesicherten – Mittelklassen... Der Armutsdiskurs stellt die ethische Grundlage des Neoliberalismus

bereit“ (176f.). Demgegenüber betont M. einige dem derart rasonierenden Zeitgeist nicht genehme Sachverhalte: „Armut ist ein objektiv feststellbarer Sachverhalt, der vor allem mit dem Fehlen materieller Ressourcen zu tun hat“ (178). Sie findet sich vor allem in der Dritten Welt - im Einklang mit der Definition dieses Konzepts durch Sauvy, von dem es geprägt wurde: „eine Gruppe politisch machtloser Länder, deren Bevölkerung mehrheitlich wirtschaftlich benachteiligt ist.“ (179). In der abschließenden Auseinandersetzung mit der Kritik an der Realität und dem Begriff von Entwicklung weist die Autorin die rein ökonomisch argumentierende Kritik zurück, gesteht aber der konzeptionell argumentierenden Kritik eine gewisse Berechtigung zu, und plädiert dafür, Entwicklung als Prozess im Rahmen einer „partizipatorischen Globalisierung, in der die Länder und Völker selbst ihre politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Projekte entwerfen und durchführen“ (197) zu fassen.

Das letzte Kapitel versucht, Schritte auf dem Weg zu einer so verstandenen Entwicklung zu skizzieren. M. beginnt mit einer Definition von Gegenwehr als Fähigkeit der sozialen Akteure, sich den ihnen angebotenen Darstellungen und Interpretationen zu verweigern. Sie betrifft also die Ebene des Diskurses. Da jeder Diskurs gerade wegen des ihm immanenten hegemonialen Anspruchs widersprüchlich ist, bietet er der Kritik Angriffspunkte. Darüber hinaus können auch die Sachverhalte, auf die er sich beruft, in Frage gestellt werden. Dasselbe gilt für seine theoretischen Ausgangspunkte. M. räumt ein, dass auch andere Formen der Gegenwehr (z.B. Demonstrationen) erforderlich sind, betont aber die Bedeutung von Worten und Gedanken in allen sozialen Kämpfen und vor allem die Notwendigkeit, die für eine fort-

schrittliche Begrifflichkeit unverzichtbaren Konzepte zurückzuerobern.

Die Stärke dieser Analyse liegt m.E. darin, dass es ihr gelingt, über die Einbeziehung der historischen Dimension auf das Verschwinden von Produktion, sozialer Absicherung usw. aus dem Diskurs der kritisierten Institutionen hinzuweisen, der im Rahmen eines (gelungenen) trickle-down-Prozesses auch die Begrifflichkeit und Diskussion auf anderen Ebenen prägt. Ich hätte mir allerdings eine deutlichere Rekonstruktion der Grundannahmen und -konzepte dieses Diskurses gewünscht. Dies hätte möglicherweise auch zur Klärung seines Verhältnisses zur Globalisierung - bisweilen (176) funktionalistisch als Antwort auf deren Bedürfnisse gefasst - sowie zur Klärung des Entwicklungsbegriffs beitragen können: Die Behauptung der Autorin, dass es „in der Tat Alternativen zur derzeitigen Form der Globalisierung gibt“ (26), wird nicht expliziert. Implizit scheint M. jedoch einer bestimmten Alternative den Vorzug zu geben, ohne dies schlüssig begründen zu können. Darauf deutet ihre Kritik an der alternativen Konzeption einiger NGOs hin, denen sie vorhält, sie würden „bestenfalls am Rande eines ansonsten unveränderten Systems eine alternative Entwicklung verwirklichen“ (187) und die Lebensumstände verbessern. Es fällt mir schwer, mir vorzustellen, was die Betroffenen - deren Stimme im Einklang mit M.s Definition von Entwicklung als Prozess ja gehört werden sollte - dagegen haben könnten.

Raimund Feld

Joachim Becker (2002): *Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie*. Marburg: Metropolis Verlag, 326 S.

So etwas Ähnliches wie ein Buch ist dieses Werk allenfalls auf den Seiten 122-166, auf denen Becker seinen eigenen Versuch einer „Rekonzeptionalisierung“ des Regulationskonzepts vorstellt. Davor und danach ist es nichts als ein Zettelkasten. Der Autor zersstückelt die Werke zunächst der Klassiker der politischen Ökonomie von Adam Smith bis Werner Sombart und Max Weber, dann der ungezählten Regulationstheoretiker aus Grenoble und Paris, in Tausende von Einzelaussagen zu Hunderten von Stichwörtern und reiht sie dann nach diesen Stichwörtern geordnet wieder aneinander – wobei man nie weiß, warum welches Stichwort an welcher Stelle auftaucht. Ein mehrere Abschnitte übergreifender Argumentationsgang ist hier kaum einmal zu erkennen. Et was anders wird das erst in dem erwähnten „Rekonzeptualisierungs“-Kapitel. Dort entwirft der Autor zunächst ein grundbegriffliches Gerüst zur Analyse der Regulationsformen in kapitalistischen Gesellschaften. Er unterscheidet zwei „Grundformen sozialer Beziehungen“ in bürgerlichen Gesellschaften, nämlich „Waren- und Staatsförmigkeit“, zwei „Konfliktachsen“, eine „vertikale“ (Klassengegensätze) und eine „horizontale“ (Konkurrenz), sowie schließlich vier „strukturelle Formen der Regulation – Lohn- und Konkurrenzverhältnis, Geld- und ökologische Restriktion“ (123). Je nach Ausformung und Zusammenwirken dieser verschiedenen Elemente ergeben sich unterschiedliche Regulationsweisen und -probleme. Dies sieht nach einem brauchbaren begrifflichen Raster aus. In der Ausführung verliert sich der Autor dann aber lei-

der sehr schnell wieder in einer endlosen Kasuistik, kommt vom Hundertsten ins Tausendste. Unter der Überschrift „Staatsförmigkeit“ beispielsweise gibt es zwei Seiten zur Analyse der Genese des bürgerlichen Staates aus feudal geprägten Gesellschaftsformationen, drei Seiten zum bürgerlichen Staat in der Dritten Welt (der hat unter „oft schwankenden“ „Rohstoffpreisen“ zu leiden, kann meist keine „alternativen Steuerquellen erschließen“ und ist deshalb in „Abhängigkeit von ausländischen Kapitalzuflüssen geraten“ – 132f), zwei Seiten zur Zivilgesellschaft (die ist „kein Monolith“ – 133), zwei Seiten zur Hegemonialbildung (gelingt die nicht, kann es zu „Klientelismus und Repression“ kommen – 135), drei Seiten zum Recht, zwei Seiten zum Geld (es kommt vor, dass „mehr als eine Währung gesetzliches Zahlungsmittel ist“ – 141), fünf Seiten zu internationalen Organisationen (auf die nicht nur Staaten, sondern auch zivilgesellschaftliche Interessen Einfluss nehmen, deren Zugangsmöglichkeiten ihrerseits wieder ein Thema sind – 145), zwei Seiten zur EU, zwei Seiten zur internationalen Hegemonie und so weiter. Das ganze erinnert ungeheuer an Borges' „Bibliothek von Babel“, in deren Buchbestand sämtliche möglichen Buchstabenkombinationen ausbuchstabiert sind, deshalb auch sämtliche Wörter aus sämtlichen realen und möglichen Sprachen ebenso wie sämtliche sinnvollen und sinnlosen Sätze und Satzsysteme enthalten sind, die je formuliert wurden und werden können. Vielleicht muss man gegenüber Fakultäten, die Habilitationsschriften in erster Linie als Lesenachweise begutachten, ja so vorgehen. Sinn macht diese Vorgehensweise jedoch nicht; der ist nun einmal ohne Reduktion von Komplexität nicht zu haben.

Gerhard Hauck

Frederick Cooper (2002): *Africa since 1940. The past of the present*. Cambridge: Cambridge UP, 216 S.

Allzu selten wird die Krise Afrikas als Herausforderung intellektueller Anstrengung begriffen, über die unfruchtbare Konfrontation zwischen „Afro-Optimismus“ und „Afro-Pessimismus“ ernsthaft hinauszukommen. Frederick Cooper ist nicht nur ausgewiesener Sozialhistoriker, sondern hat auch wichtige entwicklungstheoretische Beiträge geleistet. Beide Perspektiven verbindet er in dem als Einführungstext konzipierten, aber weit über diesen Zweck hinaus lohnenden, überaus flüssig zu lesenden Buch auf ebenso unaufdringliche wie überzeugende Weise. Es kann vor allem als eine an exemplarischen Beispielen belegte Explikation der Grundthese gelesen werden, dass nicht die Unabhängigkeit, die sich für die meisten Staaten mit dem Jahr 1960 verbindet, das entscheidende Datum der jüngeren Geschichte darstellt, sondern der strukturelle Einschnitt, der Ende der 1960er/Anfang der 1970er das Ende der weltweiten Nachkriegsprosperität und die grundlegende Neustrukturierung der Weltwirtschaft markiert. Damit sind, so Cooper, die unterschiedlichen Projekte einer staatlich inszenierten Entwicklung an ihre Grenzen gestoßen.

Die Projekte nachholender Entwicklung, die teilweise in sehr ehrgeiziger Form nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eingeleitet wurden und häufig grandios gescheitert sind, erscheinen in diesem Bezugsrahmen als Ausdruck der Krise des herkömmlichen Kolonialismus, der gleichsam auf extensive Ausbeutung der Kolonien ausgelegt gewesen war. Im Britischen Weltreich lassen sich Vorboten dieser Wendung bereits in den 1930er Jahren u.a. in der Gesetzgebung nachweisen. Jedenfalls hatte all

dies zunächst nichts mit einer Perspektive der Entkolonialisierung zu tun, vielmehr trat wenigstens in den britischen und französischen Kolonien an die Stelle des traditionellen der „Entwicklungskolonialismus“ (developmental colonialism, 37 u. ö.) als Mittel, die brüchig gewordene Kontrolle über die Kolonien wiederherzustellen. Zugleich war aber in der Entwicklungsperspektive zumindest die Tendenz enthalten, dass die Differenz, die Kolonialherrschaft allein legitimieren konnte, auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten sei. Cooper entwickelt aus diesem Widerspruch die klar unterschiedenen Strategien der britischen und der französischen Kolonialmacht, die letztlich doch in der von den Kolonialmächten weder beabsichtigten noch prognostizierten Unabhängigkeit konvergieren. Diese seinerzeit so nicht vorhergesehene Entwicklung sieht Cooper als Folge der kolonialen Entwicklung auch in dem Sinne, als die Basis der Unabhängigkeitsbewegung von marktorientierten Kleinbauern und Gewerkschaftern gebildet und so durch die eingeleiteten Entwicklungsprozesse deutlich erweitert wurde. Vor allem die britische Kolonialmacht fand sich mit ihrem Konzept eines stufenweise paternalistisch zu organisierenden Lernprozesses „gefangen in ihrer eigenen Theorie politischen Wandels“ mit ihrem legitimatorischen Bezug auf Demokratie (53). Zugleich fielen beim Prozess der Machtübergabe einschneidende Entscheidungen, weil die territoriale Gliederung aus der Kolonialzeit beibehalten und in den unabhängigen Staaten eins zu eins weitergeführt wurde. Dies ergab ungeachtet der panafrikanischen Orientierung wichtiger Exponenten der Unabhängigkeitsbewegung wie Kwame Nkrumah letztlich eine partikulare Orientierung, die sich mit dem strukturellen Etatismus verband, der die entwicklungs-

kolonialistische Phase ebenso kennzeichnete wie die unmittelbar auf die Unabhängigkeit folgende Periode. Cooper arbeitet vor allem heraus, wie die gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte diesen – dennoch in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzenden – Einschnitt überspannten. So artikulierten sich etwa die Interessen der kleinen, weltmarktorientierten Kakaoproduzenten in Ghana zwar als wesentliches Moment während der Unabhängigkeitsbewegung. Doch auch für das Regime von Kwame Nkrumah nach der Unabhängigkeit war Kakao der Hauptdevisenbringer: Nkrumahs Konzept des Primats der Politik in Verbindung mit der Forcierung von Großprojekten, vor allem des Volta-Damms, verschärften nicht nur letztlich die Außenabhängigkeit und Orientierung auf den Weltmarkt und führten durch fallende Weltmarktpreise in eine Krise; die zentralistische Vermarktungsorganisation schöpfte zugleich nach wie vor einen Großteil des bäuerlichen Produktes ab. In Coopers Interpretation trat hier wie in fast allen anderen Fällen in Afrika der unabhängige Staat in die Rolle des (entwicklungs)kolonialen Staates als *gatekeeper*, der eben diese strategischen Außenbeziehungen, wie sie durch Weltmarktprodukte, aber später auch durch Entwicklungshilfe gegeben waren, organisierte und daraus seine – insgesamt höchst fragile – Machtposition wesentlich ableitete. Diese Perspektive ermöglicht es, die unübersehbaren Probleme des postkolonialen Staates zu benennen und in sozialstrukturelle Zusammenhänge einzuordnen, ohne in einfache Denunziationen oder modernisierungstheoretische Klischees zu verfallen: Es gibt Gründe, in die Klage von Frantz Fanon einzustimmen, die Regierenden hätten bei der Unabhängigkeit lediglich die Hautfarbe gewechselt, und die Kontinuitäten im staatlichen Ver-

halten gegenüber den allzu oft noch immer als Untertanen behandelten Bürgerinnen und Bürgern sind allzu offensichtlich; es fällt unter solchen Bedingungen leicht, „Defizite“ in afrikanischen Gesellschaften für die Schwierigkeiten, Krisen und Katastrophen verantwortlich zu machen. Beiden analytisch nur auf den ersten Blick überzeugenden Versuchungen widersteht Cooper, indem er das Entwicklungsprojekt in seinem weltpolitischen und damit auch -historischen Kontext rekonstruiert und so eine Genese der gegenwärtigen Probleme skizzieren kann.

Dazu gehört auch der Mythos der „Entwicklung“, als Erbschaft des Kolonialstaates, als politische Ressource der Unabhängigkeitsbewegung und als über das Ende der effektiven Entwicklungsdekaden hinaus wirkende faszinierende Perspektive: „Kein Wort erfasst die Hoffnungen und Bestrebungen von Afrikas Führern, seinen gebildeten Gruppen und vieler seiner Bauern und Arbeiter während der Nachkriegsdekaden besser“ (91), und Cooper widmet diesen Erfahrungen und Enttäuschungen ein längeres, wohl das zentrale Kapitel des Buches, in dem geschickt begriffliche und theoretische Überlegungen mit reichhaltigem, wenn auch hoch aggregiertem, so doch insgesamt aussagekräftigem Zahlenmaterial konfrontiert werden. Dreh- und Angelpunkt ist die allgemeine These, dass es in den 1970er Jahren zum entscheidenden Bruch gekommen sei, der aber nicht voraussetzungslos erfolgte: „Die Ironie der Periode von 1960-1973 besteht darin, dass die post-kolonialen Regime, die darauf aus waren, die nationale Autonomie zu schaffen und zu festigen, die außenabhängige Wirtschaft der Kolonialzeit nur verstärkten“ (92).

Ausgehend von den Problemen der in dem meisten Fällen vom Kolonialregime übernommenen, letztlich staatlich kontrol-

lierten, aber zugleich von der kleinbäuerlichen Flexibilität profitierenden Landwirtschaft verfolgt Cooper zum einen die Erosion der Stellung Afrikas bei den meisten dieser Produkte auf dem Weltmarkt und verweist zum andern auf das Scheitern der importsubstituierenden Industrialisierungsstrategien sowie auf die Problematik der regionalen Zusammenschlüsse, die unter den häufig an sehr partikularen, um nicht zu sagen persönlich definierten Strategien afrikanischer Politiker ebenso leiden wie an der unvermeidlichen „zwischenstaatlichen Rivalität“, die sich aus „schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen“ ergibt (104).

Trotz allem waren bis in die 1970er Jahre ein bescheidenes Wirtschaftswachstum, vor allem aber insgesamt „beträchtliche, aber unzureichende und nicht dauerhafte Fortschritte“ bei der Alphabetisierung und Bildung sowie in der Gesundheitsversorgung zu verzeichnen. Die Daten für die Zeit nach der Ölkrise belegen vor allem Verluste bei der Gesundheitsversorgung, denn auch die Gefahr einer HIV-Infektion und des Ausbruchs von AIDS ist nicht vom allgemeinen Gesundheitszustand und der Qualität der Grundversorgung zu trennen. Dies war bereits Ausdruck der globalen Krise, die (nicht nur) Afrika in die spätere Verschuldungskrise führte und die Regierungen schließlich dem Diktat des IWF auslieferte, was das „Ende der Entwicklungsidee“ bedeutete und „die unmittelbare Logik des Marktes über soziale oder politische Logik stellte. Aber die Herrscher Afrikas hatten dadurch, dass sie die Entwicklungsära nicht optimal genutzt hatten, die Bedingungen geschaffen, die sie gegenüber den wechselhaften Strategien der Außenseiter so verwundbar machten“ (117). Ein naheliegendes, ausführlicher erläutertes Beispiel ist der Erdölboom Nigerias mit all seinen fatalen Folgen für die Politik, Sozial- und nicht zuletzt die Wirtschafts- und Außenhandelsstruk-

tur des Landes. Vor dem Hintergrund seines differenzierten Ansatzes entgeht Cooper aber einfachen Schuldzuweisungen: „Die afrikanischen Wirtschaftsprobleme sind seit langer Zeit Koproduktionen. [...] über ‘afrikanische’ Volkswirtschaften so zu reden, als seien sie wahrhaftig afrikanisch, während die internationalen Finanzinstitutionen und transnationalen Konzerne ‘Gegebenheiten’ sind, an die sich die Afrikaner anzupassen haben, bedeutet, das Nachdenken über wirtschaftliche Alternativen von Anbeginn an zu abzuwürgen.“ (118). Das Kapitel wird abgerundet durch lesenswerte Überblicke über Urbanisierung und informellen Sektor, Gender und Religion. Abschließend verweigert Cooper die „schlüssigen Antworten“ auch unter nochmaligem Verweis auf die Errungenschaften der Entwicklungsdekaden, die eben *auch* den Kindern jener Bauern eine Schulbildung und damit Fertigkeiten zum Bestehen der Herausforderungen eines häufig urbanen Lebens vermittelt haben, die selbst historisch gesehen vor dem schwierigen Dilemma standen, ob die Einhegung und Gängelung durch den postkolonialen Staat oder die unmittelbare Konfrontation mit den „multinationalen Giganten“ auf dem Weltmarkt die bessere Alternative gewesen wäre (131). Hier werden aktuelle Debatten und mehr noch gern zitierte Lehrsätze in eine historische Perspektive gestellt, die nicht nur zu kritischer Überprüfung herausfordert, sondern auch die Oberflächlichkeit mancher als unumstößliche Wahrheit verkündeter Thesen und Aufgeregtheiten in hellem Licht erscheinen lässt.

Das Buch befasst sich auch mit der späten Entkolonisierung im südlichen Afrika und resümiert noch einmal die „wiederkehrenden Krisen des *gatekeeper*-Staates“ (Kap. 7). Die Darstellung wird eingerahmt durch einen einleitenden Verweis, gefolgt von einer abschließenden knappen Analy-

se, die beide an das Zusammentreffen zweier diametral entgegengesetzter Ereignisse im Frühjahr 1994 erinnern: Völkermord in Rwanda und Mehrheitswahlen in Südafrika stehen symbolisch für die Spannung, die das Bild Afrikas zu Beginn des neuen Jahrtausends charakterisiert und jedes vorschnelle Reden im Sinne von „Afro-Pessimismus“, aber auch „Afro-Optimismus“ verbietet. Und wer über die knapp gehaltenen und wirklich weiterführenden Literaturhinweise am Ende eines jeden Kapitels hinaus mehr lesen möchte, wird vor jedem Eintrag auf die ausführliche Bibliographie unter <http://uk.cambridge.org/ressources/0521776007> verwiesen, verbunden mit dem Versprechen regelmäßiger Aktualisierung. Da mag man einfach nicht mehr groß nach Haaren in der Suppe suchen.

Reinhart Kößler

Richard Rathbone (2000): *Nkrumah and the Chiefs. The Politics of Chieftaincy in Ghana 1951-60*. Oxford: James Currey, 169 S.

Richard Rathbone ist Professor für moderne afrikanische Geschichte am Department of History, der School of Oriental and African Studies in London. Er hat die Werke *Ghana: British Documents on the End of Empire* und *Murder and Politics in Colonial Ghana* vorgelegt. Der Schwerpunkt seines Schaffens lag auf der Geschichte der Kolonialzeit Ghanas und der Dekolonialisierung. Dabei richtete sich sein Augenmerk vornehmlich auf der Staats- und Regierungsgeschichte auf der nationalen und internationalen Ebene.

Mit *Nkrumah and the Chiefs* wendet er sich nun dem Wandel der Lokalverwaltung Ghanas zu Zeiten der Dekolonialisierung zu. Er beschreibt kurz die Bedeutung der Chiefs, lokaler und regionaler Machthaber, die im britischen System der „indirect rule“

die Kontrolle und Verwaltung der von ihnen beherrschten Gebiete übernahmen. Hierbei zeichnet er die Entwicklung Südghanas nach, wo eine Vielzahl traditioneller Machthaber für die Umsetzung der britischen Kolonialpolitik verantwortlich waren und gleichzeitig die Verwaltung und Rechtssprechung wahrnahmen. Diese Form der Lokal- und Regionalverwaltung besaß für die Kolonisatoren den Vorteil, weite Landstriche, ohne größeren administrativen Aufwand und mit dem Deckmantel traditioneller Legitimität versehen kontrollieren zu können.

Dieses Verwaltungssystem schloss die seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts an der Küste bedeutender werdende städtische, gebildete afrikanische Elite von der Teilhabe an der Macht aus. Derart ausgegrenzt, wandte sich diese Bevölkerungsgruppe zunehmend gegen den Kolonialstaat und die mit ihm assoziierten Chiefs.

Als Reaktion darauf, und aufgrund der Ressourcenknappheit während der Zwischenkriegszeit, verstärkten die Briten ihre Kooperation mit den Chiefs weiter und schränkten ihre vormals strenge Kontrolle dieser Stellvertreter ein. Viele Chiefs missbrauchten die ihnen so entstehenden Freiheiten dazu, sich persönlich zu bereichern und ihre Machtpositionen zu verstärken, so dass ihre Herrschaft zunehmend willkürlicher und ihre Rechtssprechung zusehends korrupter wurde.

In der Nachkriegszeit versuchte das Colonial Office, dieser Entwicklung mit einer neuen Verfassung entgegenzusteuern, und die Bevölkerung mehr in die politischen Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen. Dieser Politikwechsel scheiterte daran, dass sich die Chiefs reformunwillig zeigten, während er den nationalistischen Kräften, allen voran der CPP (Convention Peoples Party) Kwame Nkrumahs nicht weit genug ging.

Vor allem der CPP und ihren Mitgliedern, die häufig persönlich unter der Repression der Chiefs zu leiden hatten, ging es nicht nur um eine Reform der Lokalverwaltung sondern um nationale Unabhängigkeit und die Entmachtung der mit den Briten koalierenden Chiefs.

Die CPP, die seit ihrem Erfolg bei den ersten Wahlen 1951 unter Oberaufsicht der britischen Kolonialverwaltung Ghana in die Unabhängigkeit führen sollte, begann sofort damit, den Einfluss der Chiefs zu beschneiden. Die Lokalverwaltung und der Zugriff auf lokale Ressourcen wurde in die Hände größtenteils gewählter 'Local Councils' gelegt. Die Chiefs und ihre Entourage stellten hier nur ein Drittel Mitglieder.

Betonte die CPP zu diesem Zeitpunkt noch ihre Kooperationsbereitschaft mit den traditionellen Autoritäten, so gestaltete sich das Verhältnis in der Folgezeit immer schwieriger. Viele Chiefs engagierten sich in der Opposition und versuchten die Tätigkeit der CPP im Vorfeld der Wahlen von 1954 einzuschränken. Andere Chiefs allerdings suchten die Kollaboration, da sie sich so Entwicklungsvorteile für ihre Herrschaftsbereiche erhofften.

Die CPP beschnitt die Rechte der traditionellen Autoritäten immer weiter. So wurden etwa die Rechtssprechung sukzessive in die Hände von der CPP nominierter Richterkollegien gelegt. Gleichzeitig entspannen sich in vielen ländlichen Gebieten Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der CPP und lokalen Chiefs, die oftmals auch gewalttätigen Charakter annahmen. Das hierbei, schon vorher bestehende, lokale Konflikte und Verteilungskämpfe in neuen nationalpolitischen Diskursen reüssierten und dabei vormals unterlegene Fraktionen sich durch ihre Assoziation mit der CPP strategische Vorteile

le beschafften, beschreibt Rathbone anhand einiger lokaler Beispiele eindrücklich.

Gestärkt durch überzeugende Wahlerfolge 1954 und 1956, ging Nkrumah daran, die Bedeutung der Chiefs grundlegend einzuschränken. So wurden sie gänzlich von der Lokalverwaltung ausgeschlossen, und die Regierung behielt sich das Recht vor, Chiefs anzuerkennen oder ihnen die Anerkennung zu verweigern. Darüber hinaus begann sie damit, Herrschaftsgebiete aufzuteilen und griff in die Hierarchie der Chiefs ein.

In den diese Entwicklung begleitenden politischen Auseinandersetzungen griff die Regierungspartei zu fragwürdigen Mitteln. Gegner wurden interniert, des Landes verwiesen, bedroht oder sogar Opfer von Gewalttaten, ebenso erging es kritischen Journalisten.

Die mächtigen Chiefs des Südens Ghanas versuchten umsonst, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen und wurden schließlich ersetzt oder unterwarfen sich der Hoheit der Zentralregierung.

Rathbone schildert diese Entwicklung detailliert anhand einer Vielzahl von Quellen. Dabei nimmt er nicht Stellung, sondern versucht, neben den Ereignissen die Vielschichtigkeit der Auseinandersetzung zwischen Nkrumahs Regierung und den Chiefs, sowie der unterliegenden Handlungsrationalitäten und Konflikte aufzuzeigen. Rathbones Buch stellt eine eindrückliche Schilderung dieser Episode der ghanaischen Geschichte dar. Das Buch geht in seiner Bedeutung über die reine Schilderung dieser Entwicklung hinaus. Viele der damaligen Auseinandersetzungen und Konflikte sind noch für das heutige Ghana von Bedeutung. Heutzutage haben die Chiefs einen Großteil ihrer ursprünglichen Macht und Unabhängigkeit zurückgewonnen und sind fest in die lokale Verwaltung und Rechtsprechung eingebunden. Auch heute mißbrauchen Chiefs wieder ihre Macht und handeln entgegen den Interessen der Bevöl-

kerung die sie repräsentieren. Auch heute mischen sich Chiefs in die Politik und Politiker in Chieftaincykonflikte ein. Leider weist Rathbone wenig auf die neueren Entwicklungen hin und vernachlässigt es damit, die Bedeutung des von ihm gut aufbereiteten Kapitels ghanaischer Geschichte für aktuelle Entwicklung aufzuzeigen.

Wolfram Laube

Michael Cowen; Liisa Laakso (Hg.) (2002): *Multi-Party Elections in Africa*. Oxford: James Currey/New York: Palgrave, 387 S.

Mehrparteien-Wahlen waren zu Beginn der 1990er Jahre der Inbegriff der Hoffnung und des Neuanfangs, der nun auch auf dem afrikanischen Kontinent anzubrechen schien. Diese Hoffnungen mussten bereits aus der Perspektive der Entwicklungen während der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts zumindest stark eingeschränkt werden. Dies macht der vorliegende, vom Institute of Development Studies der Universität Helsinki initiierte Band deutlich, der darüber hinaus eine Fülle von Detailinformation über Wahlen und politische Entwicklungen in Botswana, Lesotho, Swasiland, Äthiopien, Ghana, Guinea-Bissau, Kenya, Malawi, Namibia, Nigeria, Sudan, Tanzania, Zambia und Zimbabwe enthält. Wahlsysteme und -prozesse sowie politische und Parteiensysteme werden dabei in einer Reihe von Fällen bis zum Beginn der Kolonialzeit zurückverfolgt. Besonders aufschlussreich ist dies, wenn etwa *Liisa Laakso* für Zimbabwe eine Kontinuität der Herrschaftspraxis, aufzeigen kann, die den Einschnitt von Unabhängigkeit und Mehrheitsherrschaft 1980 überspannt und die sich dann auch in den Modalitäten des Wahlprozesses niederschlägt. Für die meisten der behandelten Länder erhält der Band so den Charakter

eines – in vielen Fällen kritisch reflektierten – Kompendiums.

In der ausführlichen, auf dem ursprünglichen Call for Papers aufbauenden Einleitung entwickeln Herausgeber und Herausgeberin den begrifflichen Rahmen für ein solches Unternehmen als Beitrag, unser "Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen der Demokratisierung in Afrika" (1) voranzubringen. Die Abwägung zwischen der Funktion der Wahlen als Entscheidungsmöglichkeit für Wählerinnen und Wähler einerseits sowie als formales Mittel zur Herrschaftslegitimation andererseits verweist vor dem Hintergrund eines Literaturüberblicks auf die Notwendigkeiten einer eingehenderen Analyse. Hier stehen vor allem das institutionelle Umfeld von Wahlen, insbesondere bei der Reproduktion politischer Monopole, und die Analyse der politischen Ökonomie zur Debatte, die die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen konkreter Wahlabläufe bezeichnet und vor allem auch auf die Schwierigkeiten verweist, Wahlentscheidungen – zu denen auch Wahlenthaltung oder "Apathie" zu rechnen sind – bestimmten Gruppen von Wählerinnen und Wählern zuzurechnen. Weiter ist auf die wichtige Einsicht zu verweisen, die auch in einigen der Länderstudien unterstrichen wird, dass zwischen formalen Wahlakten und der Beteiligung daran sowie bürgerlichen Freiheiten zu unterscheiden ist, die in der Regel mit dem Übergang zum Mehrparteiensystem erweitert oder überhaupt erst (wieder) errungen worden sind.

Die Länderstudien sind untereinander recht uneinheitlich aufgebaut. So entwickelt *Michael Neocosmos* in einer übersichtlichen, klassenanalytisch orientierten Studie die krassen Unterschiede der politischen Systeme von Swasiland, Lesotho und Botswana, *Eva Poluha* berichtet aufgrund langjähriger Feldaufenthalte über politische

Partizipationsmöglichkeiten von Frauen in einem äthiopischen Dorf, *Anthony Kwesi Aubyn* gibt eine detaillierte Darstellung des ghanaischen Parteienwesens zusammen mit eher zufällig gewonnenen Interviewdaten, und auch *Michael Cowen* und *Karuti Kanyinga* gehen in ihrer Studie zu Kenya den Verästelungen politischer Fraktionierung nach, die freilich in einer eindrucksvollen lokalen Fallstudie vor allem im Hinblick auf die wechselhafte ethnische Legitimation der zentralen Herrschaftsstrategien konkretisiert wird. *Lars Rudebeck* geht unter der übergreifenden Fragestellung der Einlösung der Prinzipien von Verfassungsmäßigkeit und Volkssouveränität den sehr unterschiedlichen Wahlsystemen nach, die in Guinea-Bissau seit der späten Kolonialzeit zur Anwendung gekommen sind und fragt auch angesichts des durch einen Militärputsch und seine Abwehr 1998 ausgelösten Krieges, wieweit "legal demokratische Macht... durch die Missachtung des Bedürfnisses der Bürgerinnen und Bürger nach Volkssouveränität/Autonomie diskreditiert worden ist" (127n). Ähnliche Fragen drängen sich angesichts der Fälle auf, in denen begeistert begrüßte Regimewechsel in wenigen Jahren in Apathie umgeschlagen sind. Dafür stehen die Studien von *Harri Englund* über Malawi, *Iina Sori* zu Namibia, *Jeremy Gould* über Zambia und *Laakso* über Zimbabwe. Immer wieder geht es um effektive Beteiligung und deren Verweigerung durch die von regierenden Parteien beherrschten Staatsapparate, aber auch besonders in den Fällen Zambia und Malawi um die Neuetablierung politischer Quasi-Monopole nach einem durch Wahlen zustande gekommenen Regimewechsel. Ein solcher Wandel ist in Tanzania bisher nicht eingetreten, die auf zwei lokale Fallbeispiele in der Kilimanjaro- und in der Arusha-Region konzentrierte Studie von *Tuulikki Piettilä*, *Sanna*

Ojalamm-Wamai und *Liisa Laakso* belegt aber komplexe lokale Mechanismen, durch die sich Oppositionsparteien eine Basis schaffen konnten oder dabei scheiterten; dabei wird ein enger Austausch zwischen Stadt und Land deutlich, was vor allem im Gegensatz zur sich zuspitzenden Kluft zwischen Stadt und Land in Zimbabwe steht. *Atta El-Battahani* zeigt die Dominanz regionaler, auch militärisch ausgetragener Gegensätze im Sudan auf, die in Mehrparteienwahlen nicht überwunden wurden; vielmehr wurde zumal in einer Kriegssituation die Dominanz des islamischen Nordens bestätigt, wo zudem fundamentalistische Parteien in den Vordergrund getreten sind. Die spannendste Geschichte aber dürfte *Adebayo O. Olukoshi* zu erzählen haben, der detailliert die Strategien nigerianischer Militärregimes, schwerpunktmäßig des Abacha-Regimes (1993-1998) nachzeichnet, sich dadurch langfristig selbst zu reproduzieren, dass Wahlen vermieden oder wenn dies nicht mehr durchzuhalten ist, sorgfältig inszeniert werden. Das gilt auch für das von Abacha verfolgte Programm institutioneller Neustrukturierung, das durch seinen Tod abrupt beendet wurde. Das Scheitern dieser "Transition nach nirgendwo" war gleichbedeutend damit, dass die Nigerianerinnen und Nigerianer "in ihrer langen Suche nach Demokratie" an den Ausgangspunkt zurück geworfen wurden (246).

Der Band liefert so länderspezifisch, auf den Kontinent bezogen aber wohl auch darüber hinaus höchst interessante Anregungen ebenso wie konzentrierte Information über die einzelnen Fallbeispiele. Zu bedauern ist allein, dass zwischen den Endfassungen der Beiträge und der Veröffentlichung so viel Zeit vergangen ist, dass häufig von der vorletzten Wahl berichtet wird und wichtige, mittlerweile eingetretene Er-

eignisse allenfalls Berücksichtigung in Postskripten gefunden haben.

Reinhart Kößler

Edward Keene (2002): *Beyond the Anarchical Society. Grotius, Colonialism and Order in World Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, 165 S.

Die herrschende Meinung in der Politikwissenschaft konstruiert die internationalen Beziehungen nach dem Modell des "westfälischen Systems", des im Westfälischen Frieden 1648 verankerten und danach immer wieder bekräftigten Prinzips der gegenseitigen Anerkennung der Souveräne und der Nichteinmischung in die als kompakt und unteilbar behandelten Souveränitätsrechte eines jeden Mitglieds dieser Staatengesellschaft. Keene bringt gegen diese, repräsentativ etwa in *The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics* von Hedley Bull (1977) vorgetragene Sicht empirische ebenso wie theoriegeschichtliche Einwände vor. Sie sollen zu einem Neuansatz führen, der vor allem dadurch über die gängigen Vorstellungen "hinaus" geht, dass der empirische Bezug nicht auf das europäische Staatensystem beschränkt bleibt, sondern Kolonialismus und Imperialismus als Formen und Praxen internationaler Beziehungen explizit einbezogen werden. Daneben nimmt Keene eine auf Grotius zurückzuführende Tradition der theoretischen Berücksichtigung dessen in Anspruch, was er in den nordamerikanischen Siedlungskolonien ebenso wie in der europäischen Kolonialpraxis des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts sich aufzuzeigen bemüht: geteilte anstelle von unteilbarer Souveränität.

Aus dieser Sicht erscheinen Grotius' Aussagen über die Aufteilung von Souveränität auf unterschiedliche Subjekte und hierarchi-

sche Ebenen sowie seine Überlegungen zur Rolle von Einzelpersonen als Eigentümern im Völkerrecht nicht mehr wie weithin angenommen als atavistische Rückstände mittelalterlicher Vorstellungen, sondern als Ausdruck einer gesellschaftlichen Praxis, die neben der Definition einer kompakten, absoluten Souveränität im Sinne Bodins und später vor allem von Hobbes und der entsprechenden gegenseitigen Respektierung der Souveräne bestanden hat.

Diese unterschiedlichen Strukturen ordnet Keene freilich sozialhistorisch auch unterschiedlichen Räumen zu, wobei der „Kolonisierung“ im Sinne der Neusiedlung zentrale Bedeutung zukommt. Dies verbindet äußerlich so unterschiedliche Prozesse wie die innere Kolonisation im westeuropäischen Mittelalter, die Neulandgewinnung in den Niederlanden, die Moormelioration (*draining of the fens*) in England und die Besiedelung Nordamerikas. Überall finden sich einerseits starke individuelle Rechte der Siedler, die zumindest nahezu das Volleigentum an ihrem Grund und Boden erreichen, sowie abgestufte Rechte staatlicher Instanzen, d.h. geteilte Souveränität. Keene zieht diese Linie weiter über die West-Expansion sowie die föderale Struktur der USA mit der seit der *Northwest Ordinance* von 1789 etablierten Möglichkeit der Neuaufnahme von Staaten mit einer aufgrund der Siedlerbewegung zustande gekommenen Mindestbevölkerung und republikanischen Institutionen. Prinzipiell dem rechtlichen und institutionellen Aufbau nach unter dem Gesichtspunkt der geteilten Souveränität ähnliche Verhältnisse erkennt er aber auch in der britischen Kolonialherrschaft in Indien und in den kolonialen Beziehungen in Indonesien, wo jeweils komplexe Arrangements mit lokalen Machthabern und Sphären unterschiedlicher Intensität kolonialer

Kontrolle zu einer Praxis geteilter Souveränität geführt haben.

Zugleich aber identifiziert Keene zwei Prinzipien internationaler Beziehungen, die sich jeweils den Praxen ungeteilter und geteilter Souveränität zuordnen lassen: Die gegenseitige Anerkennung absoluter Souveräne – auch dann, wenn sie republikanisch umorganisiert worden sind – beruht auf der gegenseitigen Toleranz, die ausgehend von der Respektierung des jeweiligen konfessionellen Bekenntnisses (*cuius regio, eius religio*) die Einmischung in innere Angelegenheiten weitestgehend ausschließt. Andererseits ging die mit Kolonisierung, Siedlung, Landnahme und Imperialismus verbundene geteilte Souveränität mit unterschiedlichen Formen der Zivilisierung einher, die zunächst die Form infrastruktureller Erschließung und Verbesserung annahm, während im 19. Jahrhundert zunehmend die diskriminierende Betonung der Ausbreitung westlicher Zivilisation in den Vordergrund trat. Es kann als Verdienst dieses Buches verstanden werden, dass Keene in dieser Weise den Zusammenhang zwischen der Ideologie der Zivilisation und der spezifischen Form internationaler Beziehungen herausarbeitet, die aus seiner Sicht auch die direkte Kolonisation in Asien und Afrika gekennzeichnet haben. Freilich tritt gegenüber der Ausleuchtung rechtlicher Arrangements die Gewaltförmigkeit kolonialer Herrschaft ebenso zurück wie zuvor schon im Fall der Landnahme im Westen der USA. Dadurch wird die Möglichkeit vergeben, genauer nach den unterschiedlichen Formen der Gewalt innerhalb der von Keene aufgezeigten dualen Struktur zu fragen.

Die Nützlichkeit von Keenes Ansatz erweist sich jedoch wieder bei seinen Überlegungen zur Auflösung dieses Dualismus im Verlauf des 20. Jahrhunderts. Er sieht

einerseits eine Ausweitung des Bereichs der Toleranz, d.h. der gegenseitigen Anerkennung von Souveränität im Rahmen der Entkolonialisierung. In dieser Auflösung der restriktiven Beschränkungen, in denen das zumeist fälschlich verabsolutierte „westfälische System“ in Wahrheit bisher bestanden hatte, sieht Keene auch einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Völkerbund und den Vereinten Nationen, die als erste diesen universalen Anspruch eingelöst haben. Mit der Negation der Zivilisation, die er in Übereinstimmung mit zeitgenössischen Quellen im Nazismus, aber zuvor schon in der deutschen Kriegsführung während des Ersten Weltkrieges sowie in den Folgen der Oktoberrevolution sieht, kam es nach Keene ferner nicht zuletzt in Form der beiden Weltkriege zu einer Art reflexiver Zivilisierung, die sich nun nicht mehr von Europa nach außen, sondern auf Teile Europas selbst richtete. Daraus begründet sich das nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete internationale Menschenrechtsregime, das neben anderen internationalen Regimen deutliche Merkmale geteilter Souveränität aufweist. Diese ist nun aber nicht mehr auf die koloniale Peripherie beschränkt, und ebenso wenig wird dieser Souveränität vorenthalten. Formen geteilter Souveränität sind zudem in den nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Regionalorganisationen, allen voran der EU, deutlich erkennbar. Zumindest auf formaler Ebene ist es daher zu einer Verallgemeinerung sowohl des Toleranz- als auch des Zivilisierungsprinzips gekommen. Die genauen Konsequenzen bleiben für Keene freilich weiterer Forschung überlassen, wenn er auch aus seiner Perspektive nachdrücklich die im Rahmen der Globalisierung gängige These vom Ende der „westfälischen Ordnung“ bestreitet, die es seiner Analyse zufolge in der

allgemein unterstellten konkurrenzlosen Form ja nie gegeben hat.

Es liegt offenkundig jenseits des für dieses Buches gewählten Gesichtsfeldes, die Rolle zu untersuchen, die Zivilisation/Zivilisierung und Souveränität in den aktuellen, kaum absehbaren Veränderungen der internationalen Beziehungen nach dem 11. September 2001 spielen. Zur kritischen Analyse dieser Prozesse und Strategien leistet das Buch aber einen nützlichen, bedenkenswerten Beitrag.

Reinhart Kößler

Hauke Brunkhorst (2002): *Solidarität. Von der Bürgerfreundschaft zur globalen Rechtsgenossenschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 247 S.

Solidarität ist einer der politischen, aber auch gesellschaftlichen Schlüsselbegriffe der Moderne. Brunkhorst belegt dies zunächst dadurch, dass er den modernen, universal gefassten Begriff der Solidarität in einem „Stufen der Solidarität“ betitelt, ideengeschichtlich informierenden ersten Teil gegen ältere Formen der antiken „Bürgerfreundschaft“, der christlichen „Brüderlichkeit“ und schließlich des von der Französischen Revolution ausgehenden „Menschenrechtspatriotismus“ absetzt. Dieser leitet zwar unmittelbar zum modernen Verständnis der Solidarität über, doch verankert B. den Begriff nachdrücklich in einer umfassenden Konzeption der Demokratie, die „normativ in der strikten Identität von Herrschenden und Beherrschten besteht“ (105). Doch ist diese Identität nichts Unproblematisches, sondern generiert komplexe Inklusions- und, wie hinzuzufügen wäre, Anerkennungsprobleme, die sich zunächst an der Unterscheidung zwischen status activus und status passivus festmachen lassen, die aber ihrerseits der uni-

versalisierenden Wirkung der Menschenrechte unterliegt, welche den „bürgerlich beschränkten Republikanismus und die bürgerlich beschränkte Demokratie zur existierenden Idee einer sich ständig durch Selbstrevision erweiternden, expandierenden, alle Anderen und Fremden Zug um Zug einbeziehenden Gemeinschaft“ verwandeln (109). Hierin liegt, wie man sagen könnte, das utopische Moment der französischen Menschenrechtsdeklarationen, die zwischen Bürgern und Menschen keinen Unterschied machten. Freilich ist dies eine „nur normative“ Lösung des „Problem(s) der Globalisierung egalitärer Solidarität“ (110).

Brunkhorst wendet sich daher zunächst Möglichkeit einer „Sozialintegration ohne Solidarität“ zu, die er als Folge der Entgrenzungs- und Trennungsprozesse beim Einsetzen des industriellen Kapitalismus versteht, aus denen „zwei strukturelle Inklusionsprobleme“ folgen: Individualisierung und Proletarisierung (127). Individualisierung ist Voraussetzung und Folge funktionaler Differenzierung und daher nicht rückholbar. Der „latente Bürgerkrieg“ wird durch den „demokratischen Rechtsstaat“ befriedet (131); und weiter „ersetzt, egalisiert und erweitert“ die Demokratie „die im Prozess der Funktionsdifferenzierung zerstörte, kommunikative Solidarität der alteuropäischen Klassengesellschaft, und sie entfesselt ... das Freiheitspotential subjektiver Produktivität“ (132), was auch bedeutet, dass sich „die funktional differenzierte Gesellschaft ... selbst als Klassengesellschaft reproduziert“ (134). Das Inklusionsproblem wird dann auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechtes durch die „effektive Institutionalisierung und gesetzliche Konkretisierung sozialer Rechte“ gelöst (135).

Obwohl nun freilich schon aus dem „*intern* kosmopolitischen Gehalt“ der Men-

schenrechte (148) hervorgeht, dass Staatsgrenzen für Solidarität im hier bestimmten Sinne nicht „impermeabel“ (146) sind, beobachtet Brunkhorst mit der Verdichtung der Kommunikationsnetze und „fortschreitender Globalisierung“, dass „die globale Gesellschaft sozial in Zentrum und Peripherie zerfällt“. Damit würden „alte Probleme“ – etwa der „religiöse Bürgerkrieg“ globalisiert, und „die Pauperisierung und Proletarisierung der kapitalistischen Akkumulation (scheint) in gestalt der sozialen Exklusion einer riesigen *surplus population* (H. Arendt) wiederzukehren“ (153). Diese Diagnose mag auf mehreren Ebenen überraschen, denkt man an die Diskussion über die Differenzierung der Dritten Welt oder die Entterritorialisierung von „Peripherie“ und „Zentrum“, die freilich in der Folge ansatzweise relativiert wird. Global konstruiert Brunkhorst jedenfalls sein „Inklusionsproblem 1“ als „sektorale und regionale Segregation“ (163), die sich im wesentlichen auf alte und neue Grenzbeziehungen bezieht, vom Grenzregime an den Außengrenzen von EU oder USA bis hin zur Abspaltung von zu neuem nationalem Bewusstsein erwachten Regionen von größeren Einheiten; das „Inklusionsproblem 2“ definiert er als „soziale und kommunikative“ Segregation (ebd.), mit „weit dramatischer(en)“ Folgen als der „Existenz einer in die bürgerliche Gesellschaft – immerhin – *eingeschlossenen* Klasse von Ausgeschlossenen“ im 19. Jahrhundert (166) – Disraelis „zwei Nationen“ sind an dieser These wohl vorbeigegangen. Unter weitgehendem Rekurs auf die Analyse der Ausschlussproblematik bei Luhmann, denunziert Brunkhorst „die exkommunizierende Reduktion von Menschen auf Körper“ (167), ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass es sich in Wahrheit durchaus um gesellschaftliche Verhältnisse handelt, die

nicht wahrnehmen zu können eher gegen die hier vertretene Sozialtheorie sprechen dürfte.¹ Die vor allem auf der Ebene von Demokratie und Verfassung konstatierten anomischen Konsequenzen aktueller Krisenerscheinungen sind freilich ebenso wenig zu leugnen wie die Probleme, die sich bei „Erhaltung und Ausweitung des Freiheitsgewinns der Globalisierung“ stellen. Da eine für einen entsprechenden, im Anschluss an Kelsen postulierten, „von unten nach oben“ zu errichtenden „Stufenaufbau des Rechts“ die notwendige „starke Öffentlichkeit“ fehlt, bleibt vorderhand die „Politik des Appells“ auf dem Weg zu einer solchen Öffentlichkeit (216), die etwa NGOs allein nicht schaffen können. Die abschließende Besichtigung eines möglichen solchen Prozesses auf regionaler Ebene am Beispiel der Europäischen Union („Europa“) berechtigt da über den Appell an einen „radikalen Reformismus“ (236) hinaus nicht allzu viel Anlass zur Hoffnung.

Zu fragen bleibt freilich, ob es ausreicht, Solidarität und Gesellschaftlichkeit wie hier vorrangig in Form von Rechtsinstitutionen zu diskutieren. Ein Fingerzeig für die selbst auferlegten Grenzen dieses Vorgehens könnte es sein, wenn Brunkhorst Webers „Gehäuse der Hörigkeit“ für die EU-Institutionen bemüht (230), wo diese Formulierung im Original doch auf eine viel breitere Diagnose nicht mehr verfügbarer Lebensverhältnisse, ins Absurde verkehrter Rationalitätsvorstellungen und Zwänge seht. Und ebenso werden Reziprozitätsverhältnisse verfehlt, die etwa im Rahmen von Überlebensstrategien dezidiert informell und sicher nicht rechtsförmig sind.

Reinhart Kößler

Anmerkung:

1 s. meinen Beitrag „Grenzen in der Weltgesellschaft. Zu den Problemen der Homo-

genität und der Exklusion.“ *PERIPHERIE* 83 (2001).

Michael Howard, *Die Erfindung des Friedens. Über den Krieg und die Ordnung der Welt*. Lüneburg: zu Klampen 2001, 111 S.

Dieses aus einer Vorlesung hervorgegangene Büchlein verweist auf die zwei Bände desselben Autors *War in European History* und *War and the Liberal Conscience*. Die „Erfindung“ von Frieden wird dementsprechend ausdrücklich eurozentrisch konstruiert, als allmähliche Herausbildung von Regeln zwischenstaatlichen Verkehrs mit den bekannten Marksteinen des Westfälischen Friedens und der Anerkennung der fürstlichen Souveränität 1648 über die Kabinettskriege und die *levée en masse* der Französischen Revolution, den Wiener Kongress und die Heilige Allianz bis zum Bismarckschen Bündnissystem und seinem Zusammenbruch, zu Völkerbund und Vereinten Nationen, deren System nach 1989 aber durch Fundamentalismus ebenso wie die Erosion staatlicher Souveränität, nicht zuletzt die „Langeweile“ (110) befriedeter Gesellschaften gefährdet erscheint – aber auch dadurch, dass „vor nicht allzu langer Zeit ... das in der Charta der Vereinten Nationen festgeschriebene Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines UN-Mitgliedsstaats ... außer Kraft gesetzt worden“ ist (96). So einfach geht das manchmal. Dem parallel laufen durchaus auch konzeptionelle Überlegungen, in deren Zentrum fast unvermeidlich Kant steht. In den Vordergrund drängen sich jedoch immer wieder die Architekten des Gleichgewichts von Metternich bis Kissinger, und dementsprechend entsteht eine Große Erzählung, in der Sozialgeschichte ebenso marginalisiert

ist wie die sozialen Bewegungen oder auch Kolonialismus und Kolonialkriege, deren Rückwirkungen auf die inneren politischen Verhältnisse der Kolonialmächte und nicht zuletzt auf ihre Kriegführung offenbar auch noch 100 Jahre nach der wegweisenden Studie von John A. Hobson locker igno-

riert werden können. Kurz: Eurozentrische Scheuklappen ermöglichen zwar eine in manchem elegante und schwungvolle Darstellung, nur Glauben sollte man der kurzweiligen Lektüre nicht allzu viel schenken.

Reinhart Kößler

Eingegangene Bücher

Albrecht, Ulrich; Kalman, Michael; Riedel, Sabine; Schäfer, Paul (Hg.): *Das Kosovo-Dilemma. Schwache Staaten und Neue Kriege als Herausforderung des 21. Jahrhunderts*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2002, 222 S. ISBN 3-89691-526-6

Balibar, Étienne: *Politics and the Other Scene*. London and New York: Verso 2002, 176 S. ISBN 1-85984-267-4

Baudrillard, Jean: *Der Geist des Terrorismus*. Wien: Passagen Verlag 2002, 98 S. ISBN 3-85165-546-X

Bensaio, Daniel: *Marx for our Times. Adventures and Misadventures of a Critique*. London and New York: Verso 2002, 392 S. ISBN 1-85984-712-9

Brock-Utne, Birgit: *Language, Democracy and Education in Africa*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2002 (= Discussion Paper 15), 42 S. ISBN 91-7106-491-5

Brussig, Martin; Ettrich, Frank; Kollmorgen, Raj (Hg.): *Konflikt und Konsens: Transformationsprozesse in Ostdeutschland*. Opladen: Leske + Budrich 2002, 321 S. ISBN 3-8100-3487-8

Büttner, Hannah: *Wassermanagement und Ressourcenkonflikte. Eine empirische Untersuchung zu Wasserkrise und Water Harvesting in Indien aus der Perspektive sozialwissenschaft-*

lichen Umweltforschung. Saarbrücken: Verlag für Entwicklungspolitik 2001 (= Studien zur Geographischen Entwicklungsforschung 19), 324 S., ISBN 3-88156-748-8

Chitando, Ezra: *Singing Culture. A Study of Gospel Music in Zimbabwe*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2002 (= research report no. 121), 105 S. ISBN 91-7106-494-X

Csáky, Moritz; Stachel, Peter (Hg.): *Mehrdeutigkeit. Die Ambivalenz von Gedächtnis und Erinnerung*. Wien: Passagen Verlag 2002, 230 S. ISBN 3-85165-572-9

Davis, Yul Derek; Keulder, Christiaan; Lamb, Guy; Pereira, João; Spilker, Dirk: *Measuring Democracy and Human Rights in Southern Africa*. Compiled by Henning Melber. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2002 (= Discussion Paper 18), 49 S. ISBN 91-7106-497-4

Engel, Ulf; Kappel, Robert (Hg.): *Germany's Africa Policy Revisited. Interests, images and incrementalism*. Hamburg/Münster/London: Lit-Verlag 2002 (= Politics and Economics in Africa 4), 224 S., ISBN 3-8258-5985-1

Englund, Hary (Hg.): *A Democracy of Chameleons. Politics and Culture in the New Malawi*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2002, 208 S. ISBN 91-7106-499-0

Eriksen, Tore Linné (Hg.): *Norway and National Liberation in Southern Africa*. Uppsala: Nordiska Africainstitutet 2000, 416 S.
ISBN 91-7106-447-8

Gerstenberger, Heide; Welke, Ulrich (Hg.): *See-fahrt im Zeichen der Globalisierung*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2002, 224 S.
ISBN 3-89691-520-7

Gabbert, Karin; Gabbert, Wolfgang; Hoffmann, Bert; Koschützke, Albrecht; Müller-Plantenberg, Clarita; Müller-Plantenberg, Urs; von Oertzen, Eleonore; Ströbele-Gregor, Juliana (Hg.): *Religion und Macht. Analysen und Berichte*. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot 2002 (= Jahrbuch Lateinamerika 26), 231 S.,
ISBN 3-89691-534-7

Grossmann, Georg S.; Lingau, Hildegard: *Vergangenheits- und Versöhnungsarbeit. – wie die TZ die Aufarbeitung von gewaltsamen Konflikten unterstützen kann* -. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH 2002 (= Abteilung 42: Reform von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft), 65 S.

Hanser, Peter; von Trotha, Trutz: *Ordnungsformen der Gewalt. Reflexionen über die Grenzen von Recht und Staat an einem einsamen Ort in Papua-Neugunee*. Köln: Rüdiger Köppe 2002, 427 S + 17 Abb.
ISBN 3-89645-350-0

Heins, Volker: *Das Andere der Zivilgesellschaft. Zur Archäologie eines Begriffs*. Bielefeld: Transcript 2002, 102 S.
ISBN 3-933127-88-2

Hydén, Göran; Leslie, Michael; Ogundimu, Folu F. (Hg.): *Media and Democracy in Africa*. Uppsala: Nordiska Africainstitutet 2002, 260 S.
ISBN 91-7106-495-8

Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte 26. *Religion und Macht*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2002, 231 S.
ISBN 3-89691-534-7

Jameson, Frederic: *A Singular Modernity. Essay on the Ontology of the Present*. London: Verso 2002, 250 S.
ISBN 1-85984-450

Kamete, Amin Y.: *Governing the Poor in Harare, Zimbabwe*. Uppsala: Nordiska Africainstitutet 2002 (= research report no. 122), 67 S.
ISBN 91-7106-503-2

Kiesewetter, Hubert: *Überwindung der Armut in der Dritten Welt. Hat Afrika eine Chance?* St. Katharinen: Scripta Mercaturea Verlag 2002, 108 S.,
ISBN 3-89590-112-1

Köbler, Reinhart; Melber, Henning (Hg.): *Globale Solidarität? Eine Streitschrift*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel 2002, 171 S.
ISBN 3-86099-765-3

Kurz, Robert: *Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung*. Bad Honnef: Horlemann 2002, 447 S.
ISBN 3-89502-149-0

Lefebvre, Henri: *Critique of Everyday Life. Vol. II Foundations for a Sociology of the Everyday*. London: Verso 2002, 380 S.
ISBN 1-85984-650-5

Legassick, Martin: *Armed Struggle and Democracy. The Case of South Africa*. Uppsala: Nordiska Africainstitutet 2002 (= Discussion Paper 20), 62 S.
ISBN 91-7106-504-0

Luig, Ute; Schulz, Hans-Dietrich (Hg.): *Natur in der Moderne. Interdisziplinäre Ansichten*. Berlin: Geographisches Institut der Humboldt-Universität 2002, 276 S.
ISBN 3-9806807-1-1

McCulloch, John: *Asbestos Blues. Labour, Capital, Physicians & the State in South Africa*. Oxford: James Currey/Bloomington & Indianapolis: Indiana University Press 2002, 223 S.
ISBN 0-85255-862-7

Melber, Henning (Hg.): *Zimbabwe's Presidential Elections 2002. Evidence, Lessons and Implications*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2002 (= Discussion Paper 14), 88 S.
ISBN 91-7106-490-7

Melber, Henning; Cornwell, Richard; Gathaka, Jephthah; Wanjala, Smokin: *The New Partnership for Africa's Development (NEPAD) – African Perspectives*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2002 (= Discussion Paper 16), 36 S.
ISBN 91-7106-492-3

Meyer, Thomas: *Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2002, 250 S.
ISBN 3-518-12272-X

Neocosmos, Michael; Suttner, Raymond; Taylor, Ian: *Political Structures in Democratic South Africa. Compiled by Henning Melber*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2002 (= Discussion Paper 19), 52 S.
ISBN 91-7106-498-2

Öcalan Abdullah: *Wege zu einer Lösung der kurdischen Frage. Auszüge aus der Eingabe an den EGMR*. Berlin: Kurdistan Informations-Zentrum e.V. (Eigenverlag) 2002, 142 S.,
ISBN 3-936541-00-0

Okuku, Juma: *Ethnicity, State Power and the Democratisation Process in Uganda*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2002 (= Discussion Paper 17), 42 S.
ISBN 91-7106-493-1

Paffenholz, Thania: *Stärkung von Friedensallianzen*. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH 2002 (= Abteilung 43: Gesundheit, Bildung, Ernährung, Nothilfe), 40 S.

Palmberg, Mai; Kierkegaard, Annemette (Hg.): *Playing with Identities in Contemporary Music in Africa*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2002, 182 S.
ISBN 91-7106-496-6

Rottenburg, Richard: *Weit hergeholte Fakten. Eine Parabel der Entwicklungshilfe*. Stuttgart: Lucius & Lucius 2002, 271 S.
ISBN 3-8282-0213-6

Saasa, Oliver with Jerker Carlsson: *Aid and Poverty Reduction in Zambia. Mission Unaccomplished*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2002, 141 S.
ISBN 91-7106-489-3

Schneckener, Ulrich: *Auswege aus dem Bürgerkrieg*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2002, 627 S.
ISBN 3-518-12255-X

Schiefer, Ulrich: *Von allen guten Geistern verlassen? Guinea-Bissau: Entwicklungspolitik und der Zusammenbruch afrikanischer Gesellschaften*. Hamburg: Institut für Afrika-Kunde 2002 (= Hamburger Beiträge zur Afrika-Kunde 70), 333 S.,
ISBN 3-928049-83-6, ISSN 0440-1670

Seitz, Klaus: *Bildung in der Weltgesellschaft. Gesellschaftstheoretische Grundlagen globalen Lernens*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apse 2002, 492 S.,
ISBN 3-86099-758-0

Sellström, Tor: *Sweden and National Liberation in Southern Africa. Vol. I: Formation of a popular opinion 1950-1970*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 1999, 541 S.
ISBN 91-7106-430-3

Sellström, Tor: *Sweden and National Liberation in Southern Africa. Vol. II: Solidarity and Assistance 1970-1994*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2002, 912 S.
ISBN 91-7106-448-6

Sellström, Tor (Hg.): *Liberation in Southern Africa. Regional and Swedish Voices*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 2002 (1999), 365 S.
ISBN 91-7106-500-8

Soiri, Iina; Peltola, Pekka: *Finland and National Liberation in Southern Africa*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet 1999, 213 S.
ISBN 91-7106-431-1

Song, Du-Yul: *Schattierungen der Moderne. Ost-West-Dialoge in Philosophie, Soziologie und Politik*. Köln: PapyRossa 2002, 165 S.
ISBN 3-89438-255-4

Widerspruch (Zürich) 43: Linke und Macht. 22. Jg/2. Halbjahr 2002, 216 S.

Winterveldt, Volker; Tom Fox; Pempelani Mufune (Hg.): *Namibia – Society – Sociology*. Windhoek: University of Namibia Press 2002, 396 S.
ISBN 99916-59-41-2